Einzelpreis 30 Pfg. · 4. Jahrgang · Donnerstag, 8. September 1921 · Nummer 419 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 16 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Danzig, das Saar- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Luxemburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 36 M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtgespaltene Kompareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.

Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Kahrs neue Reservearmee

Der „Notbann" gegen die Republik

Die Regierung Kahr hat sich mit aller Macht gegen die Auflösung der Einwohnerwehren gesträubt. Als sie schließlich unter dem Druck des Reiches und des Auslandes zum Nachgeben gezwungen war, wiesen wir darauf hin, daß die Auflösung nur formell vollzogen worden sei. Die Einwohnerwehr als illegale militärische Formation bildete einen wesentlichen Eckpfeiler der bayerischen Regierungspolitik, die geradenwegs auf die Wiederherstellung der Monarchie hinsteuert. Sie hat deshalb eine neue Organisation ins Leben gerufen, die den Namen „Notbann" führt. Diese neue Organisation soll angeblich zum Schutze gegen den „Streikradikalismus" dienen, in Wirklichkeit verbirgt sich hinter ihr die alte Einwohnerwehr mit ihrem gesamten militärischen Apparat. Die Bildung des „Notbannes" wurde durch einen Erlaß der bayerischen Regierung vom 11. Juli 1921 — also 11 Tage nach der formellen Auflösung der Einwohnerwehr — angeordnet. In dem Erlaß der Regierung, der von Kahr gezeichnet ist, heißt es:

„Um den an mich herangetretenen Wünschen Rechnung zu tragen, und um die seit langem in München aufgetretenen Schwierigkeiten zu beseitigen, **löse ich den bisherigen Kreis München der T. N. B.** (Technischen Nothilfe Bayerns) auf. Ich bin damit einverstanden, daß innerhalb des Staatskommissariats München Stadt und Land eine von der T. N. B. und damit **von der Reichsorganisation unabhängige Organisation nach nachstehenden allgemeinen Grundsätzen errichtet wird.**

1. Die Münchener Organisation führt, um eine klare Unterscheidung gegenüber der T. N. B. herbeizuführen, die Bezeichnung **„Notbann München"**. An ihrer Spitze steht die Stadtleitung des Notbannes München.

2. Der Zweck des Notbannes München ist die Abwehr von Schäden durch Elementargewalten und von Versuchen des Streikradikalismus, lebenswichtige Betriebe lahmzulegen. **Die innere Organisation bleibt dem Notbann überlassen. Aufsichts- und Aufsichtsbehörde für den Notbann München ist die Polizeidirektion München** (Staatskommissar für München Stadt und Land). Vorlagen der Stadtleitung sind grundsätzlich an die Polizeidirektion, von dieser, wenn erforderlich, an das Staatsministerium des Innern einzureichen."

Unter Punkt 3 wird dann der Wirkungsbereich des Notbannes München umgrenzt und darauf hingewiesen, daß die Landesleitung der Technischen Nothilfe innerhalb dieses Bereiches Nothelfer für außerhalb nicht anwerben darf.

Unter Punkt 4 wird angeordnet, **daß das Aktenmaterial des früheren Kreises München der Technischen Nothilfe dem Notbann zu überweisen ist.**

Die Ziffer 5 des Erlasses wird von der Regierung streng geheim gehalten, ihr Inhalt ist auch der Technischen Nothilfe nicht bekanntgegeben worden. Unter Ziffer 6 heißt es:

„Das Staatsministerium des Innern wird in der Angelegenheit mit dem Reichsministerium des Innern ins Benehmen treten. **Es wird ersucht, der Oeffentlichkeit gegenüber Zurückhaltung zu beobachten.** Das Staatsministerium des Innern wird rechtzeitig für geeignete Bekanntmachungen der Organisationsänderung in der Oeffentlichkeit sorgen."

Die Technische Nothilfe, die von der Reichsregierung ins Leben gerufen worden ist, um bei Streiks der Arbeiter in Tätigkeit zu treten, genügt also Herrn Kahr nicht mehr, obwohl sie in Bayern so gut ausgebaut ist, daß sie bisher in allen Fällen den Arbeitern in den Rücken fallen konnte. Herr von Kahr hat sich noch nie über die Technische Nothilfe zu beschweren gehabt, und wenn er sie jetzt auflöst, und den Notbann an ihre Stelle setzt, **dann ist wohl zur Genüge der Nachweis erbracht, daß der Notbann andere Ziele zu verfolgen hat als die Technische Nothilfe.** Herr Kahr drückt sich in seinem Erlaß freilich sehr vorsichtig aus. Die Erfahrungen in der Entwaffnungsfrage haben ihn und seine Hintermänner gewitzigt gemacht.

Der Notbann, der bereits über München hinaus organisiert ist, ist nicht mehr, wie die Technische Nothilfe, eine staatliche Institution, sondern ein eingetragener Verein, wie die bisherige Einwohnerwehr. Damit soll dem Notbann volle Selbständigkeit bezüglich des Umfangs seiner Organisation gegeben werden. Die Regierung ist lediglich Aufsichtsbehörde, die sich um die innere Organisation nicht kümmert. In den Satzungen des Notbannes heißt es, daß die Mitglieder einen Verpflichtungsschein zu unterschreiben haben. **Zu Beiträgen sind sie nicht verpflichtet.** Dann wird unter § 6 ausgeführt:

„Mit dem durch Uebersendung des Ausweises vollzogenen Eintritt übernimmt das Mitglied alle aus dem Wesen und Zweck des Notbannes sich ergebenden Pflichten. Als grundlegende Pflichten gelten:

1. **Volleinsatz der Person beim Aufgebot.**
2. **Gehorsam gegen die Anordnung der Führer.**
3. **Verschwiegenheit über dienstliche Angelegenheiten.**
4. **Teilnahme an den von den Führern angesetzten Besprechungen, Vorträgen oder Versammlungen.**

Das Aufgebot des Notbannes soll nach Weisungen der Polizeidirektion erfolgen. Der Polizeidirektion gegenüber ist allein der Vorsitzende des Notbannes verantwortlich. **In dem Verpflichtungsschein, der 15 Fragen aufwirft, werden die Mitglieder auch verpflichtet, über ihre Kriegstätigkeit Auskunft zu erteilen.** Alarmbefehle und Ausweise für die Mitglieder sind bereits ausgestellt.

Die scheinbare Harmlosigkeit des Erlasses und der Satzungen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir es hier mit einer verschleierten Einwohnerwehr zu tun haben. **Bei den Münchener Demonstrationen für die Republik war der Notbann bereits alarmiert und lag in Bereitschaft.** Der Notbann hat also in Wirklichkeit militärische Ziele. **Er wird von den gleichen Personen geleitet, wie die bisherige Einwohnerwehr.** Die Reichsregierung wird nicht umhin können, sich mit dieser Organisation eingehend zu befassen. Insbesondere wird die Regierung Kahr gezwungen werden müssen, nähere Angaben darüber zu machen, warum die Technische Nothilfe aufgelöst und der Notbann an ihre Stelle gesetzt werden soll.

Die Arbeiter sind bereit zur Abwehr

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 7. September.

Die politische Situation ist in München noch äußerst gespannt, wenn auch die Kahrpresse heute einen etwas ruhigeren Ton anschlägt, und die Berliner Verhandlungen erst abwarten will. Sie versucht, die von den Gewerkschaften und den sozialistischen Parteien vorbereitete Aktion als Bluff darzustellen, obwohl heute jedermann weiß, daß die von der bayrischen Arbeiterschaft in Aussicht genommenen Maßnahmen äußerst ernster Natur sind. Ministerpräsident von Kahr hatte gestern die Abordnung der Gewerkschaften nicht empfangen, weil er angeblich keine Zeit hatte. In der offiziösen Meldung darüber heißt es, die gewerkschaftlichen Vertreter seien für Mittwoch vormittag bestellt gewesen, nachdem sie am Dienstag mittag nicht hätten empfangen werden können; sie seien aber am Mittwoch zur festgesetzten Zeit nicht erschienen. Das ist eine Lüge. Die gewerkschaftliche Abordnung wurde gestern nicht empfangen, und es wurde gesagt, vielleicht sei am Mittwoch vormittag ein Empfang möglich. Da man die Vertröstung des Herrn von Kahr nach den bisherigen Erfahrungen als eine Ausrede auffassen mußte, wurde auf die Unterredung mit Kahr verzichtet. **Die Gewerkschaften hatten heute für Herrn von Kahr keine Zeit und haben ihre Vorbereitungen für die beschlossenen Maßnahmen getroffen.**

Die Plakatierung des Aufrufs der U. S. P., den wir an anderer Stelle wiedergeben, wurde heute vom Polizeipräsidenten Poehner verboten. Die S. P. D. erläßt einen Aufruf in dem es heißt, **die Entscheidung über die Aufhebung des bayrischen Ausnahmezustandes müßte fallen.** Die Arbeiterschaft wird aufgefordert, gerüstet und wachsam zu sein und der Parole der Führer zu folgen, die erforderlichenfalls rechtzeitig kommen wird. **Alle notwendigen Maßnahmen seien vorbereitet.**

Ministerpräsident von Kahr war vorige Woche, wie wir auf das bestimmteste erfahren, in Berchtesgaden und hatte **mit dem Kronprinzen Rupprecht eine eingehende Besprechung über die politische Lage in Bayern und im Reiche.**

Das Gesuch des Verlages „Der Kampf", das Blatt wieder erscheinen zu lassen, nachdem es jetzt ¼ Jahr verboten war, wurde vom Münchener Polizeipräsidenten Poehner unter fadenscheiniger Begründung abgelehnt. Der „Kampf" bleibt weiter verboten. Auch die „Münchener Morgenpost" ist noch immer verboten.

Die Verhandlungen zwischen Reich und Bayern

Berlin, 7. September. (Amtlich.)

Heute nachmittag um vier Uhr begannen in der Reichskanzlei die Besprechungen der Reichsregierung mit den Vertretern der bayerischen Regierung und der bayerischen Koalitionsparteien. Sie wurden um ½8 Uhr abends abgebrochen und werden morgen früh um 9 Uhr fortgesetzt werden.

Beratungen der sozialistischen Parteien

Gestern mittag fand eine gemeinsame Besprechung der Vertreter der Parteileitungen beider sozialistischen Parteien statt. Im Vordergrunde stand die bayrische Frage. Es wurden die Maßnahmen besprochen, die bereits bei den Beratungen in Nürnberg eingeleitet worden sind sowie die Unterstützung, die die gesamte Arbeiterschaft, falls es notwendig würde, der bayerischen Arbeiterschaft leisten würde. Allseitig wurde betont, daß die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes in Bayern unerläßlich sei. Sowohl in der Beurteilung der Situation, als der zu treffenden Maßnahmen ergab sich völlige Uebereinstimmung. Dann wandte sich die Erörterung den Maßnahmen zu, die auf gesetzlichem Wege zum Schutze der Republik zu treffen sind. Auch hierbei ergab sich weitgehende Uebereinstimmung der Auffassungen beider Parteien.

Am Abend nahmen die Vertreter der beiden Parteien Gelegenheit, den Reichskanzler und den Minister des Innern über ihre Auffassung zu unterrichten.

Burgenlands Befreiungskampf

Der Putsch der „christlich-nationalen" Horthy-Regierung

Von einem österreichischen Genossen wird uns geschrieben:

Seit Monaten wurde die österreichische Regierung von allen Kennern der perfiden Illoyalität Ungarns gewarnt, der magyarischen Tücke nicht auf den Leim zu gehen. Es war die Christlich-Soziale Partei Oesterreichs, deren radikale Elemente für den weißen Terror und die Pogrome des Systems Horthy schwärmen; deren weniger radikale Elemente als „schwarzgelb bis in die Knochen" für das monarchistische Getue der ungarischen Habsburgknechte ins Entzücken geraten, die christlich-soziale Presse, allen voran die „Reichspost", die nicht nur im Inseratenteil von den Subventionen der Horthy-Banditen lebt — sie alle haben es mit tausend Schlichen und Kniffen dahin gebracht, daß es nun zu einem Blutvergießen kommt, zu einem Bandenkrieg à la Korfantz; zu der wirtschaftlichen Zerstörung des Burgenlandes und — hoffentlich — auch dazu, daß sich die Entente selbst gegen den Willen Frankreichs endlich entschließt, Horthy und seine Mordgesellen abzusetzen und auf Grund des Friedensvertrages die Demokratisierung Ungarns durchzuführen. Denn so ist die Entente noch nicht gefoppt worden. Weder d'Annunzio, noch Korfantz haben das zu Wege gebracht, was sich nun Horthy leistet: frech und offenkundig gegen den Friedensvertrag, gegen den Willen der Entente.

Vor einem Monat, am 27. Juli, hat die „Arbeiter-Zeitung" zum hundertsten Male berichtet: „Horthy hat unzweifelhaft an seine Getreuen im Burgenland Waffen verteilen lassen." Sie forderte vor kurzem die christlich-nationale Partei auf, „sich entweder zur „Reichspost" zu bekennen, oder öffentlich zu erklären, daß sie mit dieser Politik nichts gemein hat und sie für landesverräterisch hält." Aber die Christlich-Sozialen wollten nichts merken. Und es ist für die in Ungarn weilenden Vertreter der Entente sehr charakteristisch, daß auch sie nichts merkten. Weder von den Waffen- und Munitionsschiebungen nach Ungarn seit zwei Jahren, noch davon, daß ein Teil der Nationalarmee in Zivilkleider gesteckt, noch, daß aus Westungarn ein Heerlager wurde.

Vor drei Wochen schrieb der frühere Ministerpräsident Ungarns, Stefan Friedrich, einen Offenen Brief, der zwar konfisziert wurde, aber von dem überall gesprochen wurde, und darin forderte er die „große Aktion." Dann ward der staunenden Welt die Kunde, daß in Budapest, in einem hocharistokratischen Palais, in dem Entente-Offiziere oft als Gäste erschienen, ein nationales Komitee gegründet wurde. Alle Namen wurden in den Zeitungen öffentlich genannt — aber die Entente-Vertreter in Budapest wollten noch immer nichts merken.

In Wien auf der Ringstraße ließ Friedrich deutsche Flugschriften verteilen, in denen er Oesterreichs Volk warnt, Westungarn zu nehmen, da doch bald die Vereinigung mit Deutschland möglich sein werde. „Sollten österreichische Truppen dennoch in Ungarn einziehen wollen, so werden die Ungarn nach dem Beispiel Korfantys, Kemals und Konstantins, der Entente widerstehen . . ." Aber die Vertreter der Entente lesen bekanntlich nur das, was sie wollen, und nehmen nur zur Kenntnis, was ihnen paßt . . .

Als Friedrichs Generalstab im Palais Wenckheim den Kriegsplan entwarf, ward er sich nur allzubald darüber klar, daß der bewaffnete Widerstand gegen den Einzug Oesterreichs nur dann Erfolg haben könne, wenn die Baranya und Fünfkirchen schon vorher von den Jugoslaven geräumt ist, sonst könnte ja Jugoslavien erklären, es bleibe so lange in Fünfkirchen, bis Ungarn das Burgenland räumt.

Schnell schuf Ungarn einen Zusammenhang zwischen der Räumung und der Besetzung beider Länder. Es mußte auch aus militärischen Gründen einen Aufschub gewinnen. Was geschah nun? Die Botschafterkonferenz nahm das Verlangen Jugoslaviens wegen des Räumungsaufschubs nicht zur Kenntnis, wohl aber die Telegramme über die Lage in der Baranya. Ungarn siegte doppelt. Es schuf schnell eine zeitliche Verbindung zwischen beiden Ländern; obgleich im Friedensvertrag hiervon keine Silbe steht, konnte es offiziell zwei Tage später mit der Räumung beginnen, nachdem es die Baranya und Fünfkirchen bereits besetzt hatte und — blieb nun erst recht in Westungarn! In vielen öffentlichen Parlamentssitzungen, Volksversammlungen, Kirchenpredigten, Zeitungsartikeln, Parteikonferenzen in ganz Ungarn lautete nun der Refrain: „Wir geben das Burgenland nicht her, wir werden uns zur Wehr setzen und wenn alles zu Trümmern geht!"

Vor den Augen der Entente-Offiziere wurden die Zivilbataillone ausgerüstet und Offiziere in den Uniformen der ungarischen Armee führen sie an; ganze Züge mit Munition, Maschinengewehren usw., so rückte Ungarn in das Burgenland ein, um mit der „Räumung" zu beginnen. Nun präsentiert sich der Mitwelt das ganze Mordsystem, die perfide Illoyalität der ungarischen Regierung, die Niedertracht Horthys in ihrer ganzen

ekelerregenden Größe! Wir wollen kurz den sich überstürzenden Lauf der Ereignisse wiedergeben.

Hejjas und Ostenburg, die „besten Offiziere" Horthys, sind die Oberkommandierenden der Banden, die das Burgenland besetzten. Beide sind vermöge der unzähligen Mordtaten, die sie auch gegen wehrlose Frauen begingen, durch die fürchterlichsten Quälereien, die sie mit den Opfern der Räteherrschaft vollführten, zu einer traurigen Berühmtheit gelangt. Diese Bestien in Menschengestalt wurden auf das wehrlose Burgenland losgelassen.

Sonnabend nachts besetzten sie das Gebäude der „Oedenburger Zeitung", erklärten Redakteure, Setzer und Beamte für gefangen — angeblich, weil sich ein Waffenlager im Hause befinde. Das Ergebnis der Hausdurchsuchung war natürlich negativ. Drei Redakteure flüchteten durch ein Fenster in den Morgenstunden zur Interalliierten Kommission und erst auf deren Intervention zogen sich die Ostenburg-Banden zurück, doch ein Teil der Polizeimannschaft blieb. Das war der Beginn.

Sonntag nachmittag besetzte Hejjas den Oedenburger Bahnhof und seither ist der gesamte Zugverkehr im Burgenland unterbunden. Um Oedenburg ist ein Ring der bewaffneten Banden Ostenburgs, die aus ortsfremden Elementen aus allen Teilen Ungarns bestehen. In Zivil die Mannschaft, in Uniformen des ungarischen Heeres die Offiziere. Jede Bande reichlich mit Gewehren, Revolvern, Maschinengewehren versehen, 150—200 Mann stark.

Das erste Blutvergießen fand eine Station vor Oedenburg, bei Agendorf, statt. Die österreichische Gendarmerie wurde aus dem Hinterhalte beschossen. Getötet wurden auf beiden Seiten insgesamt sieben Personen. Die französischen Mitglieder der Interalliierten Kommission sehen den Ereignissen mit einem schier unnatürlichen Gleichmut zu.

Bei Pinkafeld hat ein ungarisches Militärdetachement feldmäßig ausgerüstet die österreichische Gendarmerie mit Handgranaten und Maschinengewehren angegriffen, worauf die Gendarmen sich unter Verlusten zurückziehen mußten. Die Eisenbahnschienen zwischen Agendorf-Oedenburg und auf der Raaberbahn nach Oedenburg sind aufgerissen. Ein englischer Offizier wurde durch ein Dum-Dum-Geschoß an der Hand verletzt.

Das war die Einleitung. Seither haben die Mordbuben ihrer gräßlichen Wildheit die Zügel schießen lassen und jene zwei Drittel des Burgenlandes, das in den Händen der Magyaren blieb, gleichen einem von Feinden belagerten Land, in dem das Morden und Rauben freigegeben ist, ja auch höheren Befehl durchgeführt wird.

Die Front: das ist jedes deutsche Dorf! Die Terror-Banden haben die Gegend des Neusiedler Sees überfallen. Hunderte deutscher Bauernburschen wurden verschleppt, Häuser demoliert, Männer und Frauen mißhandelt, Weinfässer ausgeschlagen, der Wein auf die Straße gegossen, das Vieh verschleppt. Eine Massenflucht der deutschen Bevölkerung hat begonnen. Die Straßen nach Wiener-Neustadt, von Ebenfurt nach Neufeld sind mit riesigen Kolonnen der Flüchtlinge voll, die in grenzenloser Erbitterung nach Waffen verlangen, um die Räuber zu verjagen. In vielen Ortschaften suchen die Banden auf Grund schwarzer Listen — die Anschlußfreunde.

Womit bemäntelt Ungarn den schnöden Vertragsbruch? In Budapest spielt man die Erstaunten, spricht vom „elementaren Ausbruch der Vaterlandsliebe des burgenländischen Volkes zu Ungarn!" — Die schlechte Ausrede, schlecht erdacht und schlecht formuliert, lautet: Die militärische Räumung Westungarns sei vollständig beendet. Das Zurückziehen der Gendarmerie und der Zollwache aus der zweiten kleineren Zone wird jedoch vorläufig in Schwebe gelassen. Dann wird noch davon gefaselt, Oesterreich leistete keinerlei Bürgschaften hinsichtlich der Berücksichtigungen und der Forderungen materieller Natur usw.

Der Standpunkt Oesterreichs gründet sich auf der Rechtslage, die der Friedensvertrag schuf: die Zonen sind willkürlich geschaffen worden und die ungarische Regierung hat bisher niemals die Erfüllung des Friedensvertrages von einer vorherigen Regelung finanzieller Reklamationen abhängig gemacht. Die österreichische Regierung hat vorläufig verfügt, daß ihre Kräfte in ihren derzeitigen Stellungen verbleiben und daß auch die Wehrmacht zur Verstärkung herangezogen wird.

Die Stellungnahme der österreichischen Sozialdemokratie war in der Frage des Burgenlandes die allein richtige: sie forderte stets, daß nach der Räumung durch Ungarn das burgenländische Volk selbst durch Volksabstimmung über seine Zugehörigkeit entscheide, denn nur wenn es von den Bajonetten Horthys befreit ist, kann es freiwillig einen endgültigen Beschluß fassen.

In der Dienstagnummer der „Arbeiter-Zeitung" wendet sich in diesem Sinne der Parteivorstand an die Genossen und Genossinnen und kennzeichnet den Standpunkt der Partei mit den Worten:

„Keine Gewalttaten gegen das burgenländische Volk!

Aber größte Entschlossenheit gegen die Banditen Horthys!"

Echt liberal

Auf einer Tagung der demokratischen Jugendvereine Groß-Berlins erklärte der Staatsminister a. D. Oeser über den Mord an Erzberger:

„Dieser Mord ist eine Frucht der planmäßigen Verhetzung und Beschimpfung von rechts. Wo waren die Deutschnationalen, die jetzt die Tat verurteilen, als ihre Presse die gemeinen Instinkte der Masse aufwühlte? Ungehindert ließen sie es zu, daß die Blätter ihrer Partei durch Verleumdungen und Verhetzungen die Atmosphäre schufen, aus der heraus dieser gemeine Mord entstanden ist. Früher war ein politischer Kampf mit solchen Mitteln unbekannt. Erst als der Rechten die Macht genommen wurde, begann man mit allen Mitteln die eigene Schuld auf die Republik abzuwälzen."

Der Kampf der Rechten gegen die Republik sei die Regung des belasteten Gewissens. Diejenigen, die die nationale Gesinnung nur im Munde führen, fielen in ihrer Charakterlosigkeit der Reichsregierung in den Rücken, wenn das Vaterland in schwerer Gefahr sei und schwere außenpolitische Fragen zu entscheiden seien. Ueber die notwendigen Reformen erklärte er:

„Die Reichswehr muß republikanisch werden. Ein Teil der Rechtspflege steht, wenn ich auch dem einzelnen Richter den guten Glauben nicht absprechen will, mit dem Empfinden der Mehrheit des Volkes häufig in Widerspruch. Noch schlimmer ist es mit der Schule bestellt. Ich habe viele Freunde unter den Schulmännern, hervorragende und ausgezeichnete Menschen, aber sie können nichts werden, denn — sie stehen auf dem Boden der Republik. Das muß anders werden. Die Republik hat allen Beamten, die sich mit der neuen Staatsform nicht abfinden konnten, die Möglichkeit gegeben, mit erhöhter Pension auszuscheiden. Diejenigen, die geblieben sind, haben sich moralisch gebunden, die Republik zu stützen, und haben den Eid auf die Verfassung geleistet."

Die Entlassung aller reaktionären Beamten ist gewiß notwendig. Wenn die Demokraten dabei endlich mithelfen wollen, anstatt wie in Sachsen und Preußen der Reinigung der Verwaltung Schwierigkeiten zu bereiten, so werden wir das freudig begrüßen. Daß aber diese reaktionären Helden für den Mißbrauch ihrer Dienst- und Amtsbefugnis auch noch erhöhte Pensionen erhalten sollen, dürfte nicht einmal den Beifall der Freunde des Herrn Oeser finden. Wir jedenfalls sind dafür nicht zu haben.

Ein Eigenbrödler

Stegerwald — der Vertreter der Rechten

In der Politik sind Eigenbrödler gefährliche Leute, und am gefährlichsten, wenn sie an verantwortlicher Stelle stehen. Sie halten sich für klüger als alle anderen und sind doch nur die Gefangenen ihrer Einfälle.

Ein solcher Herr ist der preußische Ministerpräsident Stegerwald, der sich an dem Gedanken des Blocks der Mitte nun einmal festgebissen hat und an diesem Gedanken, der ihm allerdings zur Ministerpräsidentschaft verholfen und ihn bis jetzt in dieser Stellung erhalten hat, offenbar unter allen Umständen festhalten will. Der Mord an Erzberger hat seinen Parteigenossen Stegerwald in seinen politischen Auffassungen unberührt gelassen. Er will noch immer nicht begreifen, daß sein Ministerium abhängig ist von den Stimmen der beiden Rechtsparteien, und will nicht zugeben, daß er und sein Innenminister durchaus reaktionären Kurs eingehalten und die Macht der Deutschnationalen in der Verwaltung gestärkt haben. Im Gegenteil, gerade in dieser kritischen Stunde kommt er, ob bewußt oder unbewußt, wieder den Deutschnationalen zu Hilfe. In einem Interview in seinem Organ „Der Deutsche" erzählt er, daß es sich jetzt um die Entscheidung zwischen rechts und links handle. Eine Rechtsregierung würde aber einen unerträglichen außenpolitischen Druck und die ständige Gefahr des Bürgerkrieges bedeuten. Eine Linksmehrheit würde im ersten Jahrzehnt ins Chaos führen. Die sozialdemokratischen Parteien allein können die Schwere der an das Volk herantretenden Aufgaben weder ertragen noch meistern. Deshalb brauche man die „kompakte Mitte", was aus dem Jargon Stegerwalds ins Deutsche übersetzt bedeutet, die Mitregierung der Deutschen Volkspartei, die Herren Stinnes und Rippler eingeschlossen.

Herr Stegerwald stellt die Situation völlig falsch dar. Es handelt sich jetzt nicht um die „Alleinregierung der sozialistischen Parteien", und Herr Stegerwald ist viel zu klug, das nicht zu wissen. Seine Haltung kann also nicht anders gedeutet werden wie als bewußte Unterstützung der Deutschnationalen, die unter diesem Vorwand das erschreckte Bürgertum zu einem Bürgerblock vereinigen wollen.

Herr Stegerwald fungiert aber nicht nur darin als Helfer der Deutschnationalen, sondern er findet gerade im gegenwärtigen Augenblick den Streit um Monarchie oder Republik für nebensächlich! Für diesen merkwürdigen Mann existiert eine monarchistische Gefahr überhaupt nicht, und er warnt vor „Nervosität". Wir begreifen, daß die Schüsse auf Erzberger Herrn Stegerwald nicht nervös machen. Er ist ja vor allen Angriffen der Deutschnationalen sehr sicher. Aber so hoch Herr Stegerwald sich einschätzen mag, er ist doch noch nicht die Republik. Und wir meinen, daß Republikaner allen Grund haben, zwar nicht nervös, aber sehr wachsam zu sein und energisch zu werden, wenn die monarchistische Gegenrevolution immer kühner ihr Haupt erhebt.

Aber allerdings, bei dieser Auffassung wird sich niemand mehr wundern, daß Herr Stegerwald nicht das Geringste zu tun gedenkt, um die Republik zu schützen. Und wieder zeigt es sich, daß die Deutschnationalen schon recht haben, in Herrn Stegerwald ihren Mann zu sehen. Herr Stegerwald hat in seinem Interview einige hübsche Phrasen gedreschselt darüber, daß die nichtbesitzenden Kreise nicht einseitig den Packesel für die Gesellschaft abgeben könnten. Ungeheure Teuerung auf der einen Seite und unübersehbare Massenverbrauchssteuern auf der anderen Seite seien eine politische Unmöglichkeit. Er betonte, daß er sozialpolitisch links stünde. Will man ihm das glauben, so muß man sagen, daß es kindisch sei, zu meinen, fortschrittliche Sozialpolitik und reaktionäre Allgemeinpolitik zugleich machen zu können. Aber die Irrtümer und Absonderlichkeiten des preußischen Ministerpräsidenten sind eine Gefahr, denn sie verhindern, daß Preußen endlich aufhört, eine Politik zu machen, die im Gegensatz zur Reichspolitik steht und nicht die Republik, sondern ihre Feinde schützt. Herr Stegerwald ist kein Vertreter der Mitte, sondern der Vertreter der Rechten geworden, und daran ändern all die schönen Phrasen nicht das geringste.

Taumel an der Börse

In den Kreisen der bankmäßig abgestempelten Spekulanten und der zahlreichen Gelegenheitsmacher herrschte gestern große Aufregung. Man sprach bereits von einem Zusammenbruch des ganzen Börsenapparats. Was war geschehen? Der Markkurs war in den letzten Tagen immer weiter zurückgegangen, der amerikanische Dollar notierte gestern bereits rund 93 Mark. Seit Anfang März, als der Dollar auf etwa 60 stand, hat sich also die deutsche Valuta um mehr als die Hälfte verschlechtert. Und das bildet die Grundlage für die jetzt an der Börse herrschende Hausse. Die „Flucht vor der Mark" hat rapide Formen angenommen, alles kauft Valutapapiere, das also, was man Sachwerte zu bezeichnen pflegt. Die Kurse der Industrieaktien gehen in Eilschritt in die Höhe, die Banken und die Makler, die berechtigten und die unberechtigten Vermittler von Börsengeschäften sind kaum noch imstande, die ihnen übergebenen Aufträge auszuführen. Gestern herrschte an der Berliner Börse ein so starker Andrang, daß die Kursfeststellung um 1½ Stunden verschoben und die offizielle Börsenzeit bis 5 Uhr verlängert werden mußte. Auch die Räume der Börse reichten für den Verkehr nicht mehr aus; der Markt der unnotierten Werte mußte auf den Hof verlegt werden, der bald von Effektenhändlern dicht besetzt war.

Während also die Kapitalsbesitzer maßlose Spekulationsgewinne einstreichen können, steht die verbrauchende Bevölkerung vor der Gefahr einer weiteren Verteuerung aller Lebensbedürfnisse. Denn da wir im Inlande fast nur noch Weltmarktpreise haben, so hat jede Verschlechterung des Markkurses eine Verteuerung des Lebensbedarfs zur Folge. Wir haben auf diesen Zusammenhang oft genug schon aufmerksam gemacht. Aber es wäre töricht, angesichts des augenblicklichen Treibens an der Börse jetzt deren Beseitigung zu fordern. Solange wir eine kapitalistische Wirtschaft haben, stellt die Börse eines ihrer wichtigsten Organe dar. Wenn ein einzelnes Land sie heute auch beseitigen wollte, so würde sie morgen wieder auferstehen. Besonders deutlich zeigt sich das jetzt in Rußland, wo mit dem Wiederaufleben des freien Handels sofort ein börsenmäßiger Verkehr eingesetzt hat. Vom sozialistischen Standpunkt aus dürfen wir also nicht die Beseitigung der Börse fordern, sondern müssen daran arbeiten, daß die kapitalistische Wirtschaft verschwindet.

Aber auch schon im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gibt es Möglichkeiten, dem spekulativen Treiben der Kapitalsbesitzer, wie es sich jetzt in so abstoßender Weise an der Börse zeigt, zuleibe zu gehen. Die eine Möglichkeit besteht darin, daß dem Reiche Mittel an die Hand gegeben werden, um dem inneren Wert der deutschen Mark zu festigen und so mindestens eine Stabilität des deutschen Wechselkurses zu erreichen. Das kann vor allen Dingen durch die Erfassung der Sachwerte geschehen, durch die stärkste Heranziehung des Besitzes zur Deckung der Reparationslasten, und durch die Beteiligung des Reichs an den Erträgnissen des mobilen und des immobilen Kapitals. Die Beratung der Steuervorlagen wird den Vertretern der Unabhängigen Sozialdemokratie Gelegenheit geben, sich für diese Forderungen auf das nachdrücklichste einzusetzen.

Die harmlosen Veranstaltungen

Eine Veröffentlichung des Berliner Polizeipräsidenten

Amtlich wird mitgeteilt: In verschiedenen Fällen sind politisch harmlose Vereinsveranstaltungen und öffentliche Versammlungen planmäßig unter Anwendung von Gewalt gestört und gesprengt worden. Der Polizeipräsident von Berlin ist nicht gesonnen, eine derartige Verkümmerung der verfassungsmäßig gewährleisteten Vereinsfreiheit zu dulden. Er hat seine Organe angewiesen, in allen solchen Fällen nachdrücklichst gegen die Ruhestörer einzuschreiten. Im übrigen vertraut der Polizeipräsident darauf, daß die Ueberfälle nicht auf Weisungen irgendeiner politischen Partei zurückzuführen sind, sondern daß sie von einzelnen besonders radikalen Mitgliedern oder Mitgliedergruppen auf eigene Faust unternommen werden. Der Polizeipräsident erwartet, daß die in Betracht kommenden Parteileitungen von selbst ihre Mitglieder anhalten, in Zukunft derartige gemeinschädliche Treibereien zu unterlassen, da dieses Treiben eine unnachsichtliche Bestrafung wegen Landfriedensbruches nach sich ziehen muß.

Wir müssen schon sagen, daß der Berliner Polizeipräsident bei der Abfassung seiner politischen Leitartikel keine besonders glückliche Hand zeigt. Es hat sich doch ergeben, daß die politisch „harmlosen" Veranstaltungen, die er im Sinne hat, durchaus nicht so harmlos waren, und daß sie durchweg einen reaktionären, gegen die Republik gerichteten Charakter trugen. Soweit von Arbeitern der ungestörte Verlauf solcher Veranstaltungen gehindert wurde, glaubten sie, im Interesse der Republik zu handeln. Es steht deshalb den Organen der Republik schlecht an, sie dafür mit Bestrafung wegen Landfriedensbruches zu bedrohen. Wenn die Behörden in der Unterbindung der nationalistischen und monarchistischen Veranstaltungen bisher ihre Pflicht erfüllt hätten, so wäre es wohl nicht dazu gekommen, daß Arbeiter zur Selbsthilfe schreiten zu müssen glaubten.

Im übrigen erwarten wir von unseren Parteigenossen, daß sie nur den Weisungen ihrer eigenen Organisationen folgen und sich nicht von unkontrollierbaren und verantwortungslosen Elementen für Einzelaktionen benutzen lassen. So sehr wir es begreifen können, daß die Empörung der Arbeiter über die nationalistischen Herausforderungen sich in spontaner Selbsthilfe Luft machen will, so wissen wir doch aus Erfahrung, wie leicht es gerade bei solchen Gelegenheiten Lockspitzeln und ähnlichen dunklen Persönlichkeiten wird, die erregte Stimmung für reaktionäre Zwecke zu mißbrauchen.

Ein republikanisches Idyll

Dem „Berliner Tageblatt" wird geschrieben:

„Auf der Reichshauptbank herrschte, als die Ermordung Erzbergers bekannt wurde, bei den meisten Beamten eitel Freude. Der eine meinte, es sei schade, daß Erzberger nicht schon drei Jahre früher umgebracht worden sei. Ein anderer, ein Bankrat, erzählte, er habe einen Freudensprung bis auf den Tisch gemacht, und es sei bloß schade, daß Erzbergers Begleiter nicht auch umgebracht worden sei, dann wäre wenigstens kein Zeuge vorhanden. Diese Kundgebungen konnten nicht wunder nehmen, denn schon im Februar oder März d. Js. ließ ein anderer Bankrat eine Liste zirkulieren, in der aufgefordert wurde, Beiträge zwecks Anschaffung von Zigaretten, Schokolade und ähnlichen Liebesgaben für Herrn Oltwig v. Hirschfeld, der damals im Strafgefängnis in Tegel saß, anzuschaffen. Vor der letzten Reichstagswahl sagte ein Bankrat zu einigen Angestellten, die ihm als Mehrheitssozialisten bekannt waren: Die Herren, die sozialistisch wählen, dürfen dann auch nicht bei der Reichsbank arbeiten. Im Kontor für Wertpapiere, Hausvogteiplatz 14, ist im Erdgeschoß an der Seitenwand ein Bild des Reichspräsidenten angebracht, dem eine Faust ins Gesicht schlägt. Ueberschrift: „Die starke Faust". Vielleicht ist dies republikanische Idyll für Ihre Leser von Interesse."

Der Bankrat, der vor Freude über die Ermordung Erzbergers auf den Tisch sprang und es nur bedauerte, daß nicht auch der Zeuge erschossen wurde, hat ein würdiges Vorbild: den Hauptmann v. Kessel, der aus Anlaß der befehlsgemäßen Ermordung der 29 Matrosen in der Französischenstraße durch Marloh ausrief: Marloh hat einen großen Fehler gemacht! Er hätte alle 300 Matrosen erschießen müssen, dann wären keine Zeugen vorhanden gewesen.

Blutige Zusammenstöße in Speyer

Speyer, 7. September.

Wegen der mit Gewalttätigkeiten verbundenen Demonstrationen in der vorigen Woche, bei der das Regierungsgebäude demoliert wurde, hat die Polizei neue Verhaftungen vorgenommen. Die Arbeiter verlangten Freigabe der Verhafteten, und sind heute vormittag in den Ausstand getreten. Um 11 Uhr vormittags wurde dann das Regierungsgebäude von der Menge gestürmt. Bei dem Zusammenstoß zwischen der Polizei und Demonstranten fielen Schüsse, ein Arbeiter wurde getötet, mehrere schwer verletzt.

Der Nachfolger von Reißhaus. An Stelle des verstorbenen rechtssozialistischen Abgeordneten Paul Reißhaus wird Frau Minna Eichler aus Eisenberg (Sachsen-Altenburg), die bereits der verfassunggebenden Nationalversammlung angehörte, in den Reichstag eintreten.

Ende des oberschlesischen Belagerungszustandes. Der Belagerungszustand ist heute mittag für ganz Oberschlesien aufgehoben worden.

Erneutes Verbot einer Zeitung. Die „Ostpreußische Zeitung" ist gestern erneut verboten worden.

Die Goldmilliarde. Die Reparationskommission hat eine amtliche Mitteilung veröffentlicht, daß die am 31. August fällige eine Milliarde Goldmark von Deutschland voll bezahlt wurde.

In ernster Stunde

Ein Aufruf der USP. Bayerns

In ernster Stunde wendet sich die Unabhängige Sozialdemokratie Bayerns an die Genossen im Lande. Stets hat sie bisher mit allem Nachdruck **die reichsverräterische Politik der bayerischen Staatsregierung** gekennzeichnet. Sie bekämpfte den Ausnahmezustand, der nur dazu dient, **um reaktionäre und monarchistische Umtriebe zu fördern und Vorbereitungen zum Sturze der deutschen Republik von München aus zu treffen;** sie wandte sich rücksichtslos gegen das schmachvolle und willkürliche Polizeiregiment Pöhners, das Republikaner und Sozialisten drangsaliert und Monarchisten und Kapp-Hochverräter in seinen Schutz nimmt. Immer forderten wir, **daß die Reichsregierung mit Entschiedenheit der frivolen Kahr-Politik ein Ziel setze,** die in der Verfolgung ihrer verwerflichen Absichten vor keinem Mittel zurückscheut, auch nicht vor der Duldung der Mordpropaganda gegen mißliebige politische Gegner.

Die **Ermordung Erzbergers** zwang die Reichsregierung, mit Maßnahmen gegen die deutschen Reaktionäre vorzugehen. Sofort begegnete sie **dem heftigsten Widerstand der bayerischen Regierung.** In jedem Schlag, den die deutsche Reaktion empfängt, fühlt sich die bayerische Regierung unmittelbar selbst getroffen. Alle Maßregeln, die zum Schutze der deutschen Republik ergriffen werden, empfindet die bayerische Regierung als Angriffe auf ihren Bestand. **Darum trat sie jetzt in offene Auflehnung gegen das Reich.** Sie mißachtet klare Anordnungen der Reichsregierung; sie gestattet dem „Miesbacher Anzeiger" in einer sehr durchsichtigen Verhüllung das Wiedererscheinen; **sie führt nicht das Verbot der „München-Augsburger Abendzeitung" durch;** sie schreitet nicht **gegen die monarchistische Landespolizei in Coburg ein, die gegen eine republikanische Kundgebung mit Waffengewalt vorgegangen war.** Sie, die Regierung der Ruhe, Ordnung und Autorität verweigert der Reichsregierung, den Reichsgesetzen und der Reichsverfassung den Gehorsam. Im ständigen Ausschuß des bayerischen Landtags zur Rede gestellt, erklärte der Regierungsvertreter, **daß die bayerische Regierung nichts zu sagen habe. Die Koalitionsparteien lehnten in der gleichen Sitzung unter dem Einfluß ihres schlechten Gewissens den Antrag der sozialistischen Parteien auf Besprechung der augenblicklichen politischen Lage im Reiche ab.**

Es ist nicht mehr zu verkennen, daß die bayerische Regierung in Verteidigung ihrer reaktionären Pläne selbst **vor der Zertrümmerung des Reiches nicht zurückschreckt.** Der bayerischen Arbeiterschaft, die sich vor die Wahl zwischen Bayern und dem Reich gestellt sieht, fällt hier die Entscheidung leicht. Ihr Platz ist auf der Seite der Reichsregierung, solange diese mit Entschlossenheit die reichszerstörende bayerische Sonderpolitik zu unterdrücken am Werke ist. **Die Reichsregierung kann sich in dieser Angelegenheit auf die bayerische Arbeiterschaft verlassen. Die bayerische Arbeiterschaft rührt für die Regierung Kahr keinen Finger;** wo Reaktionäre aber die republikanische Staatsform und die Reichseinheit bedrohen, da **steht die bayerische Arbeiterschaft einmütig zur Abwehr bereit!**

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Bayerns hofft, daß die Reichsregierung vor Bayern keinen Schritt zurückweicht. Der Ausnahmezustand muß fallen, der schädlichen Sonderpolitik Bayerns muß endlich ein Riegel vorgeschoben werden. Wir wenden uns an die Arbeiterschaft mit der Aufforderung, wachsam zu sein, und jeden Tag und jede Stunde bereitzustehen, für den Fall, daß die durch Bayern gefährdete einheitliche deutsche Republik den Ruf an sie ergehen lassen wird!

Der Aufruf der Gewerkschaften

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 7. September.

Der Vorstand der freigewerkschaftlichen Landeszentrale Bayerns hat folgenden Aufruf erlassen:

An alle Arbeiter, Angestellten und Beamten Bayerns!

Durch den heute durch nichts mehr begründeten Belagerungszustand in Bayern haben sich Zustände herausgebildet, die es notwendig machen, daß auch die Gewerkschaften zur Lage Stellung nehmen. Die Gewerkschaften im besonderen werden durch den Belagerungszustand in ihrer Entwicklung und Tätigkeit auf das schwerste gehemmt. Das wichtigste Recht des schaffenden Volkes, das Koalitionsrecht, ist durch den Belagerungszustand unterbunden. Mit den kleinlichsten polizeilichen Mitteln der Vergangenheit, die einem Freistaat Hohn sprechen, wird das schaffende Volk durch dieses Ausnahmegesetz schikaniert. Dagegen gilt es Front zu machen. Auf der Gegenseite sehen wir, **daß sich die Feinde des schaffenden Volkes hemmungslos auswirken können.** Dieser verfassungswidrige Zustand muß geändert werden.

Die fortwährende Widersetzlichkeit der bayrischen Regierung gegenüber der Reichsregierung stellt die Reichseinheit in Frage. Mit der Gefährdung der Reichseinheit werden schwere wirtschaftliche Störungen ausgelöst. Das schaffende Volk ist der leidtragende Teil. Dieser Zustand andauernder Beunruhigung muß behoben werden.

Die Vertreter der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten- und Beamtenschaft Bayerns haben die notwendigen Maßnahmen beraten und sich für den Schutz der demokratischen Republik und für die Einheit des Reiches erklärt. **Sie fordern von der bayrischen Regierung die Aufhebung des Ausnahmezustandes und wenden sich an das ganze schaffende Volk Bayerns mit der Aufforderung, die Gewerkschaften im Kampf für Recht und Freiheit nach Kräften zu unterstützen.**

Die Vertreter der Gewerkschaften sind sich in dieser schweren Stunde der vollen Tragweite ihres Handelns bewußt und folgen nur dem Drängen der um die Anerkennung ihrer Gleichberechtigung ringenden Arbeiter, Angestellten und Beamten. **Wir fordern Euch auf, bereit zu sein, wenn der Ruf gemeinsamen Handelns an Euch ergeht, denn der Ausnahmezustand muß fallen.**

Der Vorstand
der freigewerkschaftlichen Landeszentrale Bayerns.

Streik der Metallarbeiter

Magdeburg, 6. September.

Wie die „Magdeburgische Zeitung" meldet, wurde heute in einer Versammlung der Funktionäre und Betriebsräte der Metallarbeiter und verwandter Betriebe beschlossen, **den Spruch des Schlichtungsausschusses nicht anzuerkennen,** an den aufgestellten Forderungen, nämlich einer Mindesterhöhung des Stundenlohnes um 2 Mark festzuhalten und sofort in den Streik zu treten. Eine Vermittlungsaktion des Regierungspräsidenten, die in letzter Stunde eingeleitet wurde, wurde verworfen. Die Urabstimmung in den Betrieben ergab eine große Mehrheit für den Streik, von dem ungefähr 30 000 Arbeiter betroffen werden.

Der Streik der Brauereiarbeiter wurde heute beendet. Der Streik der Transportarbeiter dauert an.

In Halle nahmen die Metallwerke nach Annahme des Schiedsspruches durch beide Parteien am Mittwoch früh die Arbeit wieder auf.

Der Aufstand in Mitteldeutschland

Untersuchung über die Ursachen

Am Mittwoch setzte der Untersuchungsausschuß des preußischen Landtages seine Beratungen über den mitteldeutschen Aufstand fort. Auf der Tagesordnung stand die Vernehmung von Zeugen. Nach Erledigung einiger Vorfragen gab zunächst Staatsminister a. D. **Severing** eine Darstellung der Ursachen des Aufruhrs, in der er u. a. ausführte:

Die Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen Verhältnissen ist bekannt. Der Terror in den Betrieben nahm in erschreckender Weise zu und wurde von den zuständigen Behörden aufmerksam verfolgt. Von einem Einschreiten wurde auf Bitten der zuständigen Gewerkschaften, die nur eine Verschlimmerung davon befürchteten, abgesehen. **Die rechtsstehenden Selbstschutzorganisationen, die über hinreichend Waffen verfügten, erregten in der Arbeiterschaft das größte Mißtrauen** und trugen dazu bei, auch hier die Ablieferung der Waffen zu verzögern. Bei den Berliner Dynamitattentaten stammten große Teile des Sprengstoffes aus Mitteldeutschland, und diese Warnungssignale veranlaßten mich, den Oberpräsidenten anzuweisen, rechtzeitig zuzugreifen. In einer gemeinsamen Besprechung mit dem Oberpräsidenten und dem Merseburger Regierungspräsidenten wurde der

Einmarsch der Polizei

beschlossen, da einzelne Gendarmen des Terrors in den Betrieben überhaupt nicht mehr Herr werden konnten. Zugleich wurde damals auch beschlossen, solche Amts- und Gemeindevorsteher aus ihren Aemtern zu entfernen, die sich bei ihrer Amtsführung nicht von den bestehenden Beschlüssen bestimmen ließen. Am 17. oder 18. März rief die „Rote Fahne" mit Hinweis auf Oberschlesien und die Sanktionen am Rhein die Arbeiter überall zu Aktionen auf. Als die Arbeiter gegen die Schupo aggressiv wurden, erwog das Kabinett das Einsetzen der Reichswehr, aber die Hinzuziehung der Reichswehr würde die Lage noch komplizierter gestaltet haben. **Was gegen die Landräte des Aufstandsgebietes,** besonders in Bitterfeld, sowie gegen den Oberpräsidenten vorgebracht worden ist, beruht größtenteils auf **tendenziöser Erfindung. Ueber die Beteiligung einiger Amts- und Gemeindevorsteher am Aufstand lag am 21. April,** als ich mein Ministerium abgab, noch kein abschließendes Ergebnis vor.

Auf Ersuchen des Vorsitzenden erstattet Abg. Severing über einzelne Punkte, wie den Terror in den Betrieben, Auftreten von verdächtigen Ausländern und dergl. noch eingehender Bericht. **Die Zeitungsnachrichten über massenhaftes Auftreten von Ausländern waren stark übertrieben. Die Depesch war innerhalb des Aufstandsgebietes überall bewaffnet und organisiert, und deshalb ließen die Arbeiter sich so schwer überzeugen, daß die Waffen abgegeben werden müßten.** Die

Orgeschformationen waren militärisch organisiert

und besaßen Waffen. Von einer geheimen Roten Armee kann kaum gesprochen werden, da Bewaffnung und Organisation der Aufrührer äußerst mangelhaft war. Viel gefährlicher waren die Sprengstoffvorräte der Aufständigen. Mein Eindruck war der, daß die Kommunistische Partei das Signal gegeben hat, zwar nicht für einen spezifisch mitteldeutschen Aufstand, wohl aber für ein allgemeines Vorgehen, um die Situation auszunutzen, die durch Oberschlesien und die Sanktionen entstanden waren.

Auf eine Anfrage des einen Berichterstatters, Dr. Liebknecht, erklärt Severing, daß sein bekannter Artikel im „Getreuen Eckart" durchaus nicht im Widerspruch zu der amtlichen Denkschrift stehe, sondern daß der offene Ausbruch des Aufstandes eine unvorhergesehene, unbeabsichtigte, aber schließlich nicht unwillkommene Folge des Einsetzens der ersten schwachen Polizeikräfte gewesen sei. Gleich nach dem Siegessäulen-Attentat habe er die Spuren, die nach Mitteldeutschland führten, um so eifriger aufgenommen, als er wußte, daß Hölz in Mitteldeutschland aufgetreten war; auch mußten die daraufhin nach Mitteldeutschland entsandten Kriminalbeamten durch Polizeikräfte geschützt werden.

Oberpräsident Hörsing führte etwa folgendes aus: Die Ursachen des Aufstandes reichen bis zum Kapp-Putsch zurück. Seit jener Zeit war in der Arbeiterschaft ein unbesiegbares Mißtrauen gegen Polizei und Militär zurückgeblieben. Dazu kam die Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Gegensätze zwischen Links- und Rechtsradikalen spitzten sich in bedrohlichster Weise zu. Die

Lügenfabrik,

die täglich über rote Armeen berichtete, konnte ich in einer Spitzelzentrale aufdecken. Waffenfunde wurden sehr zahlreich gemacht. Abgeliefert wurden auf beiden Seiten nur wenig Waffen. Zugleich setzte ein ungeheurer Terror ein. Die Arbeiter wurden vielfach gezwungen, den kommunistischen „Klassenkampf" zu abonnieren. Schließlich entrollte einer Besprechung mit den örtlichen Behörden besonders bezüglich der Zustände in Mansfeld und Eisleben ein so erschreckendes Bild der öffentlichen Unsicherheit, daß ich den Minister bat, dort eine Polizeiaktion zu unternehmen, jedoch nicht vor dem 19. März, um die oberschlesische Abstimmung nicht zu gefährden. Auf die Spuren des Siegessäulenattentates hin, die nach Hettstedt wiesen, wurde die ursprünglich geplante Zahl der Polizeitruppen verdoppelt. Um die Arbeiterschaft vor Aufregung zu bewahren, habe ich den Zweck der Aktion in einem Aufruf auseinandergesetzt und den Truppenführern Zivilkommissare beigegeben, mit dem Erfolg, **daß selbst von den organisierten Kommunisten sich nur ein Drittel an dem Aufstand beteiligte.** Ich war gegen die Heranziehung von Militär, weil die geringe Beteiligung der Arbeiterschaft sich dann ausgewachsen hätte zu einmütigem Widerstand der Massen weit über die Grenzen der Provinz hinaus. Eine

rote Armee

hat es nach meiner Kenntnis in der Provinz Sachsen nie gegeben, sondern nur improvisierte größere und kleinere Banden. Während der Aktion sind einzelne Fälle von Ausschreitungen verschiedener Beamten gemeldet worden; die Fälle liegen dem Oberstaatsanwalt in Halle zur Untersuchung vor. Grausamkeiten der Kommunisten gegen Polizeibeamte und Unbeteiligte sind erwiesen. Vor dem Aufstande waren in der Provinz zahlreiche Russen agitatorisch tätig, die aber beim Ausbruch des Kampfes spurlos verschwanden.

Es entspinnt sich sodann eine Debatte über den Zeitpunkt der Wahl und wegen der Bestätigung des unabhängigen Landrats Naute. Es wird angeregt, zunächst die Akten herbeizuschaffen und dann die

Fälle Naute und Casparek

weiter zu behandeln.

Zum Fall Casparek gibt der Zeuge an, er habe bei der Staatsanwaltschaft in Halle eine Reihe von Strafanträgen gegen die Beleidiger Caspareks gestellt. **Die Staatsanwaltschaft hat aber nur die Beleidiger Caspareks vernommen** und den Oberpräsidenten ersucht, die Anträge zurückzuziehen. Ich habe aber vielmehr die Durchführung verlangt. Die angebliche Unterschlagung Caspareks war die Intrige eines Feldwebelleutnants, der den damaligen Ortskommandanten Casparek aus seiner Stellung in Rumänien verdrängen wollte. Casparek hat seit der Spaltung der Unabhängigen die Kommunisten scharf bekämpft und wurde von ihnen in unerhörter Weise angegriffen. Die Ablehnung polizeilichen Eingreifens in Sangerhausen hat nicht Casparek verschuldet, sondern der Mangel an Polizeitruppen unter der Verfügung des Oberpräsidiums. Casparek hat seine Vorgesetzten während des Putsches stets auf dem laufenden gehalten, bis durch das unerwartete Eingreifen der Hölz-Garde das Unglück geschah.

Nach kurzer Debatte mit dem Abg. **v. Drander** über die Ausbildung der Polizei wendet sich Oberpräsident Hörsing gegen den Vorwurf, daß er seine Maßnahmen nicht in Uebereinstimmung mit den Offizieren getroffen habe; er habe eben die Taktik, die Polizei an einzelnen Punkten zu konzentrieren wegen der Entblößung anderer Ortschaften und Bildung von neuen Aufruhrherden für falsch gehalten. Ueber

Erschießungen und Grausamkeiten der Polizei

bemerkte der Zeuge, daß der Reichstagsabg. Krüger, der sich mit Polizeioffizieren zum Leunawerk begeben habe, keine dieser angeblichen Grausamkeiten feststellen konnte. Auch in Gröbers haben nach langen Vernehmungen und Untersuchungen die widerspruchsvollen Zeugenaussagen keine positive Schuld erwiesen. Von einem Beschluß der Besatzung des Leunawerkes, am nächsten Tage keinen Widerstand mehr zu leisten, kann schwerlich die Rede sein, denn noch am Tage vor dem Sturm haben an allen Ausgängen bewaffnete Posten die Bevölkerung kontrolliert, so daß man annehmen mußte, daß die Besatzung es zum Kampfe kommen lassen wollte. Der Polizei trifft kein Vorwurf wegen der Todesopfer bei der Erstürmung des Werkes. Erschießungen Wehrloser nach der Einnahme sind nicht festgestellt.

Damit ist die Vernehmung des Oberpräsidenten Hörsing beendet. Am Donnerstag werden als weitere Generalzeugen Regierungspräsident von Gersdorff und Regierungsrat Kielhorn vernommen werden. Außerdem wird die Vernehmung des Ministers Severing zu Ende geführt werden.

Angora gefallen

Smyrna, 6. September. (Reuter.)

Nach einer hier eingegangenen Meldung ist Angora nach einem scharfen Kampf, der mit der Vertreibung der Türken durch die Griechen endete, gefallen.

Angora ist der Sitz der nationalistischen türkischen Regierung. Nach den vorhergehenden Waffenerfolgen der Griechen war der Fall Angoras zu erwarten. Er bedeutet keinerlei Entscheidung im griechisch-türkischen Feldzug. Den Türken verbleiben auch nach ihrem Rückzug noch ausgedehnte Operationsmöglichkeiten. Für die Griechen bedeutete aber ein weiterer Vorstoß über Angora die Haltung und Verpflegung eines ungeheuren Etappengebiets. Welche Schwierigkeiten damit verbunden sind, noch dazu in einem fremden Land, wissen wir aus dem Weltkrieg.

So gewinnen denn auch die Meldungen über die griechischen Absichten, nicht über Angora hinauszustoßen, sondern dort oder an einem strategisch günstigeren Punkte die Entscheidung abzuwarten, vieles für sich. Diese Entscheidung kann militärischer und politischer Natur sein. Sie kann in der Intervention der alliierten Mächte bestehen, oder in neuen großen Angriffen der Türken. Den letzteren dürfte allerdings eine Offensive großen Stils nicht leicht fallen. Ihr Menschenmaterial ist beschränkt, die russische Hilfe ist ausgeblieben. Auch scheint es um die innere Festigkeit der Nationalisten, die nie ganz unbestritten war, nicht mehr so glänzend zu stehen. Aber jede Voraussage über ein baldiges oder späteres Ende der griechisch-türkischen Kampfhandlungen ist unmöglich. Die Meldungen fließen außerordentlich spärlich und sind von beiden Seiten so gehalten, daß über die wirklichen Absichten wenig oder gar nichts verlautet.

Eine Erklärung Kemal Paschas

Einem Vertreter der Associated Preß erklärte Mustapha Kemal: Wir sind fest entschlossen, **die Griechen aus Anatolien zu verdrängen, und wenn wir mehrere Jahre kämpfen sollten.** Wir sind entschlossen, den Kampf für die Verteidigung unserer Rechte durchzusetzen. Die Geschichte kennt Beispiele von Kriegen, die Jahrhunderte dauerten! Es ist gerecht, daß der besiegte Teil die Kosten trage. Was Thrazien anbetrifft, so bildet sein östliches Gebiet einen untrennbaren Teil unseres Hinterlandes. Es besitzt ausschließlich türkische Mehrheit. Für den Rest Thraziens fordern wir eine Volksabstimmung. **Konstantinopel gehört uns,** doch sind wir bereit, Verhandlungen über die Meerengen und das Marmarameer einzuleiten unter der Bedingung, daß die Sicherheit Konstantinopels garantiert werde. Mehr als jemals beklage ich die Schrecken des Krieges, aber es wäre für uns die Vernichtung, wenn wir kampflos die Waffen niederlegten. **Wir wollen keine Republik; wir sind einheitlicher als jemals.**

Auch diese Erklärung muß mit der gehörigen Portion Salz genossen werden.

Das irische Problem

Die Gewerkschaften verwerfen die Gewalt

London, 7. September.

Der parlamentarische Ausschuß des Gewerkschaftskongresses und der nationale Vollzugsausschuß der Arbeiterpartei haben gestern in Cardiff in einer gemeinsamen Sitzung ein Telegramm an Lloyd George über die irische Krise beschlossen, in dem erklärt wird, es müßten jetzt neue Schritte getan werden. Die britische Regierung müßte die Vertreter des irischen Volkes zu einer Konferenz einladen. In einer Entschließung wird nachdrücklich erklärt, daß ein Krieg mit den Sinnfeinern niemals die Genehmigung des britischen Volkes erhalten würde. Die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung des Landes müßte einem Zurückgreifen auf die Gewalt bis zum Aeußersten Widerstand leisten und auf der sofortigen Einberufung einer Friedenskonferenz bestehen.

Die Blätter melden aus Dundee Ausschreitungen von Arbeitslosen. Es kam zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und einer Menge von 5000 Personen, darunter zahlreichen Frauen, wobei von seiten der Menge mit Steinen geworfen wurde. Die Polizei ging mit Knüppeln vor, zahlreiche Personen wurden verletzt.

•

Der Gewerkschaftskongreß in Cardiff nahm heute nachmittag eine Entschließung an, in der er seiner ernsten Besorgnis über die Zunahme der Arbeitslosigkeit Ausdruck gibt und erklärt, daß es die Pflicht des Staates sei, den Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen oder eine entsprechende Unterstützung an Arbeitswillige zu gewähren. Der Kongreß billigt die Aktion der Behörde der Armenverbände, die sich bemüht hatten, den Arbeitern beizuspringen, ist aber der Ansicht, **daß die Arbeitslosen von der Nation unterstützt werden müßten.** Schließlich verlangt der Kongreß die sofortige Einberufung des Parlaments, damit zur Behebung der Arbeitslosenkrise geeignete Maßnahmen getroffen werden können.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
beseitigt das ärztlich empfohlene allbewährte Mittel
Kukirol
Schachtel M. 5.30 in Apotheken u. Drogerien erhältlich

HERMANN Billige Lebensmittel

Ausgel. Talg Pfund	9.80
Margarine ..... Pfund	10.80
Rindfleisch im eigenen Saft, Dose	5.50
Auszugmehl .. Pfd.	4.60
Gebr. Kaffee Pfund	19.00
Kaffeemischung 25 % Bohnenkaffee ..... Pfund	7.00
Gefr. Kaninchen ohne Kopf und Füsse ..... Pfund	4.00

Fleisch

Hammelfleisch ohne Knochen, gefroren ..... Pfund	7.00
Ochsen-Fehlrippe Kamm und Querrippe, gefroren, Pfund	7.00
Ochsen-Brust gefroren ..... Pfund	8.00
Gehacktes Rindfleisch gefroren ..... Pfund	9.00
Ohren und Schnauzen ohne Knochen, gesalzen, Pfund	7.00
Kalbskamm frisch ..... Pfund	11.00
Kalbskeulen frisch ..... Pfund	13.00

Rhabarber ..... Pfund	40 Pf.
Rotkohl ..... Pfund	60 Pf.
Einlegegurken Pfund	90 Pf.
Kochbirnen ... Pfund	70 Pf.
Kochäpfel ..... Pfund	85 Pf.
Tiroler Aepfel Pfund	1.10
Bergamotten .. Pfund	1.25

Goldbars ohne Kopf, Pfd.	1.80	Tauben ..... Stück	6.50	Rotwurst thüringer Art, Pfd.	11.00	Bücklinge .. Pfund	4.90
Spiegelkarpfen lebend Pfund	13.50	Suppenhühner Pfd.	13.50	Landleberwurst Pfd.	11.00	Riesenflundern ca. ½ Pfd. Pfund	6.20
Grüne Heringe .. Pfund	2.20	Jg. Gänse Pfd.	12.50 15.00	Sülzwurst ..... Pfund	14.00	Rotbars ..... Pfund	4.50
Gr. Salzheringe . Stück	25 Pf.	Rebhühner ..... Stück	15.50	Bauernmettwurst Pfd.	16.50	Lachsheringe . . Stück	1.10
Fettheringe ..... Stück	50 Pf.	Hirschfleisch Pfd. von	7.50 an	Corned beef .. Pfund	9.25	Räucheraale stark, Pfd.	24.00

Harzer Käse . Pfund	8.50
Spitzkäse ..... Pfund	8.50
Goudakäse ..... Pfund	13.50
Tilsiter Käse ..... Pfund	12.00
Margarine ½-Pfund-Stück	6.30

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
7½ Uhr: Die lange Jule

Neues Volkstheater
Köpenicker Str. 68.
7½ Uhr: Jugendfreunde

Staatstheater.
Opernhaus
7½ Uhr: Tiefland
Schauspielhaus
7½ Uhr: Die Räuber

Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater
7 Uhr: Kean

Kammerspiele
7½: Potosch u. Perlmutter

Großes Schauspielhaus
Karlstraße
8 Uhr: Die Weber
(15. Abteilung, 6. Abend)

Theater i. d.
Königgrätzer Str.:
Täglich 7.30 Uhr:
Satans Maske
Mit dem Feuer spielen
Maria Orska, Riemann, Bildt

Komödienhaus:
Täglich 7.30 Uhr:
Max Pallenberg
Hans Waßmann
Im neuen Burlesken-Schwank
Jonnys Busenfreund

Berliner Theater:
7.30 Nur noch 4 Vorstellg.:
DAS Milliarden SOUPER

Theater am Nollendorfplatz
8 Uhr:
Der Vetter aus Dingsda

Komische Oper
7½ Uhr Die 7½ Uhr
Strohwitwe
Operette von Leo Blech

Wallner-Theater
Täglich 7.30 Uhr:
Nixchen

7½ Uhr **Residenz-Theater**
Paul Wegener, Irene Triesch
in Totentanz

Trianon-Theater
8 Uhr: Ihre Wäsche in
Die große Leidenschaft

Kleines Theater
Heute ½8 Uhr:
Der Dieb (Le voleur)

Rose-Theater
8 Uhr:
Die zärtlichen Verwandten

Walhalla-Theater
7.30 Uhr:
Die schöne Helena

7½ **Casino-Theater** 7½
Exzellenz Maxe
Sonntag 3½: Mittelkarrest

8 Uhr: **Apollotheater** 8 Uhr:
Friedrichstraße 213
Internationales Varieté-Programm
Auslands-Sensationen

Theater a. Kottbus. Tor
Tel.: Moritzplatz 10077
Täglich 7½ Uhr und Sonntag nachm. 3½ Uhr
Bibingen-Konzert
Elite-Sänger
Vorvk. 11—1½, u. 4—6

Behrenstraße 54.
8 Uhr:
11 Schlager

Circus Taraselli
Bahnhof Friedrichstr.
Täglich 8 Uhr Vorstellung

Säle frei! für Festlichkeiten u. Versammlung. zu billigen Preisen
Kellers Festsäle, Koppenstr. 29
Inhaber: Gustav Sawatzki

Thalia-Theater

7½ **Die Operette** 7½
von der ganz Berlin sprechen wird.
Schäm' Dich — Lotte!
EDUARD LICHTENSTEIN a. G.
ELSE MÜLLER — FRITZ BECKMANN
DORA HRACH — ROLF BRUNNER
ALTA HILLER — MAX TOBIEN

Bis 30. September (außer Sonntag) Sondervergünstigung für die Abonnenten. — Gültig für 1 bis 6 Personen!

Orchester-Fauteuil	M. 22.—	Parkett	M. 9.—
Park.-Fauteuil I	M. 15.—	Balkon	M. 8.—
Park.-Fauteuil II	M. 12.—	(einschl. Lustbarkeitssteuer.)	

Originalkarten 8 Tage im voraus 10—½2 und ab 6¼ Uhr.

Um der enormen Nachfrage nach unseren Waren genügen zu können, eröffnen wir am
Donnerstag, den 8. September
eine 3. Verkaufsstelle in der
Chausseestraße 76.
Außer unseren bisherigen Verkaufsstellen:
Schönhauser Allee 47 und Köpenicker Straße 145,
sowie der neu eröffneten werden demnächst noch weitere Verkaufsstellen in anderen Stadtgegenden eröffnet werden. Wir verkaufen unsere
billige Arbeiterkleidung
wie bisher unter Fabrikationspreis!!!
Zu konkurrenzlos billigen Preisen!

Gummipelerinen, denkbar beste Qualität, unverwüstlich	M.	48.—	
Lederwesten, je nach Größe	M. 100.—	bis 125.—	
Feldgr. Hosen, je nach Gr.	„ 100.—	bis 108.—	
Schnürschuhe, je nach Gr.	„ 90.—	bis 100.—	
Strümpfe, gute Qualität	M.	3.50	
Schwerr. wollgemischte Strümpfe	„	6.50	
Reinwollene, amerik. Strümpfe	„	6.—	
Unterhosen	„	5.—	ex
Hemden	„	12.—	ex
Deutsche Uniformen (Hose u. Joppe)	„	60.—	
Monteuranzüge, blau	„	65.—	
Feldgraue Drellanzüge, extra schwer	„	90.	
Frauenkittelblusen	„	40.—	
Frauenröcke	„	50.—	
Englische Uniformen	„	110.—	
Amerikanische Uniformen	„	120.—	
Wasserdichte Pferdedecken	„	75.—	
Wickelgamaschen	„	10.—	
Feldkaschen	„	2.50	

Sackjacken, Chauffeurjacken, leinene Frauenkleider u. a. m., über 250 000 Stück, von unserem Engroslager.

Die Waren stammen zum Teil aus deutschen, englischen und amerikanischen Heeresbeständen. Die Waren sind größtenteils neu, zum Teil sind sie in unseren eigenen Werkstätten vorzüglich instandgesetzt.

Auch Abgabe größerer Quantitäten an Händler.

B. Kaufmann & Co., G. m. b. H.

Glückwunsch-Karten
nur
Jugendweihe
in reichster Auswahl
Buchhandlung
„Freiheit"
Breite Str. 8/9
und in den „Freiheit"-Speditionen erhältlich.

Altmetalle
zahle hohe Preise. Oderberger Str. 1, Reinickendorfer Str. 107 1. Hof. Keller.

Zahngebisse kauft
Zahn 6. 10 — 25 Mark
Platina, Gold, Silberbruch
Bromberger Straße 3, 1 Trp.
(an der Warschauerbrücke)

Homiopath
Inst. (1905). Erfolgreiche giftfreie Kur ohne Einspritzung. (Sprechzeit 10-1, 4-7. Sonnt. 10-1.) KRIES, Georgenkirchplatz 21, am Alexanderpl. Dienstags und Sonntags Hohenschönhausen 55 Oberseestr. 41. Freitags keine Sprechstunde. (Telephon.) Auskunft u. Broschüre 1.— Mk. Porto.

Lorbeerflaster
Wunderbar geholfen hat, obwohl drei Oberstabsärzte wochenlang ihre Kunst umsonst versuchten u. jahrelang teuer. Mittel ohne Erfolg angewandt. Reichels Paraxan M. 15.—, brachte mir völlige Heilung. Schon Tausende befreit. Otto Reichel, Berlin 46, 80 Eisenbahnstr. 4.

Zimmer
mit voller Pension für japanischen Studierenden, an der Stadtbahn gelegen, westlich, mit elektrischem Licht und möglichst Telephon gesucht. Preisofferten unter „Qu. 90" Hauptexpedition „Freiheit".

Alexander Stein
Agrarfrage und Sozialismus
Aus dem Inhalt:
Die politische Situation / Der wirtschaftliche Gegensatz zwischen Stadt und Land / Die Klassenscheidung auf dem Lande / Die Agrarfrage und die Parteien / Die Stellung der Unabhängigen Sozialdemokratie
Preis 2.50 Mark
Organisationen Preisermäßigung
Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2,
Breite Straße 8-9

Lohnkartell für die Gemeindebetriebe Groß-Berlins

Freitag, den 9. September 1921, abends 6 Uhr
in Kliems großem Saale, Hasenheide 13

Funktionär-Versammlung

Tagesordnung:
Stellungnahme zum Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses.

Zur Teilnahme an dieser Versammlung sind nur Funktionäre der unterzeichneten Organisationen berechtigt.
Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches und der grünen Funktionärkarte.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter
Transportarbeiter-Verband — Metallarbeiter-Verband
Verband der Maschinisten und Heizer
Verband der Gärtner- und Gärtnereiarbeiter
Zentralverband der Angestellten

Schlafzimmer
eichenes, echter Marmor, Auflege-Matratzen, 3850.—, weißes 2900.—, Herrenzimmer, schwere Ausführung, Bibliothek, geschliff. Schreiben, 3850.—, Speisezimmer, hübsches Muster, mit 6 Polsterstühl., 3750.—, Küchen 500.—, Kinbgarnituren 2500.—, Standuhren, nußbaum, eichen, 1200.—. Große Auswahl in schweren Herren-, Speise- u. Schlafzimmern enorm billig.
Hans Lennert
Lothringer Str. 55
am Rosenthaler Platz.

Westen- u. Jackettarbeiter(innen)
in und außer dem Hause
für Knaben- und Burschensachen
sofort gesucht.
Lehmann, Georgenkirchstraße 19, I Tr.

Botenfrauen sofort gesucht!

Spedition Lachmann
Stargarder Straße 13
Spedition Werner
Greifswalder Straße 29
Tour: Wins-, Christburger-, Posteurstraße.
Spedition Wuttki
Choriner Straße 68

Putze mit **Schuhpuh**
von Carl Sauber & Sohn
so findet man
durch Sparsamkeit seinen Lohn.

Soeben ist erschienen:

KARL KAUTSKY

Von der Demokratie zur Staats-Sklaverei

Eine Auseinandersetzung mit TROTZKI

128 Seiten

Preis gut kartonniert 12.— Mark

In dieser Schrift untersucht Kautsky drei Fragen: Die **Gründe** für die Forderung der Arbeiterklasse nach der **Demokratie**; die Bedeutung der **Diktatur** der Arbeiterklasse und ferner die wichtige und ständig an Bedeutung gewinnende Frage über das **Verhältnis des Sozialismus zum Arbeitszwang**

Bestellungen werden erbeten an
Buchhandlung „Freiheit"
Berlin C 2 — Breite Straße 8-9

GOLD-Silber-Platin-Kupfer
kauft
Silber-Zentrale
Gotzkowskystr. 13.

Achtung!
Händler und Wiederverkäufer! Kantinen und Vereine!
Tafeln Schokolade, 100-, 50- u. 25-g-Streifen, Silberwollen, Marzipan, Stangen, direkt ab Fabrik, G. Freund & Co., N 37, Schwedter Str. 258 (nähe Schönhauser Tor)

Auf Teilzahlung
Anzüge, Covertcoats, Ulster, Schlüpfer, Einsegnungs-Anzüge bequeme diskr. Ratenzahlung (Kein Laden) Leiser Gottlieb
Nollendorfstraße 22a

Gold · Silber · Platin
Sachen und Bruch
Quecksilber, Feldstecher
kaufen zu hohem Kurs
Ratzlaff & Zimmer,
Linienstraße 93

Altmetalle
unüberbietbare Preise zahlt
Badstraße 34, Hof.

Mass-Ersatz!
Leihhaus Brunnenstraße 5 Rosenthal. Tor.

Schlüpfer, Paletots, Anzüge, Cutaways
aus erstklassigen Maßstoffen, Roßhaar-Friedens-Verarbeitung, jeder Maßarbeit ebenbürtig, von 400, 500, 600, 700 M. an. Nur durch große Kassa-Einkäufe so billig! Eigene Anfertigung. Besichtigung lohnt!

Kreuzfüchse 250 an
Silber-, Zobel-, Alaskafüchse
Seal-Mäntel
Sport- und Gebrauchspelze usw. fabelhaft billig!

Fahrgeld-Vergütung! — Keine Lombardware!

Groß-Berlin

Der Straßenbahn-Güterverkehr

Zur besseren Ausnutzung des Schienennetzes und des rollenden Materials der Berliner Straßenbahnen beabsichtigt das Verkehrsamt der Stadt Berlin eine Ausdehnung des bereits seit dem Jahre 1917 bestehenden Straßenbahngüterverkehrs. Das Verkehrsamt der Stadt Berlin hat eine ganze Reihe von Projekten zur Beförderung von Gütern auf den Gleisen der Straßenbahnen ausgearbeitet, die die Beförderung von Kohlen zu den Gasanstalten und Kraftwerken, Fabrikanlagen usw. bezwecken. Die Durchführung dieser Pläne wäre schon erheblich weiter fortgeschritten, wenn nicht die Aufsichtsbehörden, in diesem Falle die Eisenbahndirektion und das Berliner Polizeipräsidium erhebliche Einwendungen gegen die Pläne gemacht hätten. Durch die Vermittelung nud durch den Einspruch beim preußischen Handelsministerium wie Reichsverkehrsminister haben nunmehr die Eisenbahndirektion wie auch das Polizeipräsidium die Durchführung eines Probebetriebes der Güterbeförderung auf der Straßenbahn zugestimmt.

Dieser erste Versuch, der neben der Postbeförderung der erste Güterverkehr auf der Berliner Straßenbahn sein wird, soll zwischen dem Kabelwerk Oberspree und den A. E. G.-Fabriken in der Brunnenstraße eingerichtet werden. Selbstverständlich wird auch dieser Güterverkehr so eingerichtet werden, daß der Personenverkehr unter keinen Umständen eine Verzögerung erleidet. Der Straßenbahn und damit aber auch der Stadt Berlin erschließt sich durch die Einrichtung eines Straßenbahngüterverkehrs auf breitester Grundlage eine neue nicht zu verachtende Einnahmequelle, die es ihr auch ermöglicht, die zur Personenbeförderung nicht mehr geeigneten Straßenbahn-Trieb- und -Anhängewagen, statt sie als Altmaterial verkaufen zu müssen, zur Güterbeförderung weiter auszunutzen.

Bald nach Durchführung des Probebetriebes zwischen Oberspree und Brunnenstraße werden dann von den Aufsichtsbehörden weitere Konzessionierungen von Güterverkehren zugelassen werden. Mit der Einführung des Straßenbahngüterverkehrs auf breitester Grundlage wird aber nicht nur den Finanzen der Stadt auf die Beine geholfen, vielmehr haben die Erfahrungen, die die Reichspost mit ihrem Güterverkehr gemacht hat, gezeigt, daß selbst die kostspieligen Weichen- und Gleisneubauten, die etwa durch einen Güterverkehr erforderlich werden, innerhalb kurzer Zeit sich bezahlt gemacht haben, weil die Straßenbahngüterbeförderung wesentlich billiger als jede andere Beförderungsart ist. Gegenüber dem Pferde- wie auch dem Kraftbetrieb im Gütertransport ist die Straßenbahn trotz erhöhter Transportgebühren wesentlich billiger.

Erhöhung der Armenunterstützung

Der Magistrat ist dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung betr. die Erhöhung der Unterstützungshöchstsätze beigetreten.

Als Unterstützungshöchstsätze, die von den Armenkommissionen bewilligt werden dürfen, gelten nunmehr:

I. Laufende Unterstützungen: einzelne Personen bis zu 140 M., kinderlose Ehepaare bis zu 200 M., Familien mit unerwachsenen Kindern, bei 1 Kind bis zu 240 M., bei 2 Kindern bis zu 280 M., für jedes weitere Kind bis zu 40 M. mehr.

II. Pflegegeld für 1 Kind bis zu 80 M.

III. Zusatzunterstützungen an laufend unterstützte Personen innerhalb 3 Monaten einmal bis zu 50 M. über die Sätze zu I hinaus.

IV. Einmalige Unterstützungen an andere Personen bis zu 150 M.

Für Alt-Berlin waren bisher folgende Ausführungsbestimmungen maßgebend:

Zu I bis III: Unfall-, Invaliden-, Altersrente, Rente aus der Angestelltenversicherung oder sonstige aus Reichs-, Staats- oder Gemeindemitteln gewährte dauernde Bezüge sind zur Hälfte anzurechnen (wegen Pensionen s. jedoch § 50, 4 der Alt-Berliner Anweisung betr. die Verwaltung der offenen Armenpflege).

Zu I bis IV: Neben Erwerbslosenunterstützung dürfen laufende Unterstützungen überhaupt nicht, Sonderunterstützungen nur in ganz besonders gearteten Fällen mit Genehmigung der Kreisversammlung gewährt werden.

Zu I, III und IV: Der Ehrensold wird in keinem Falle mitberechnet. (§ 50, 4 der Anweisung.)

Zu III und IV: Die von der Kommission bewilligten Naturalien sind in den Betrag einzurechnen, nicht aber die vom Arzt verordneten diätetischen Heilmittel, Milch und Fleisch.

Zu I bis IV: Die Genehmigung zur Ueberschreitung oder zur Wiederholung innerhalb 4 Monaten steht der Kreisversammlung, in dringenden Fällen dem Kreisvorsteher zu. Voraussichtlich werden in der nächsten Sitzung des Unterstützungsausschusses der Wohlfahrtsdeputation diese Ausführungsbestimmungen zum Teil abgeändert und ihr Geltungsbereich auf Groß-Berlin ausgedehnt werden. Die eingangs erwähnten Unterstützungshöchstsätze gelten jedoch schon jetzt für den Gesamtbezirk Groß-Berlin. Die Kreisvorsteher und Armenkommissionen der Bezirke 3, 4 und 5 sind benachrichtigt.

Der Streit um die Höchstmieten

Wir haben wiederholt feststellen müssen, daß Hausbesitzer mit allen Mitteln versuchen, die geringen Mieterschutzbestimmungen zu umgehen. Die Notlage der Mieter versuchen sie dadurch häufig auszubeuten, indem sie unter Umgehung der Schutzbestimmungen von Mietern freiwillige Zusagen zu erhalten suchen.

In sehr vielen Fällen haben Hauswirte in Mietverträge eine Klausel eingefügt, wonach die Mieter sich verpflichten, eine Erhöhung der Miete nicht erst nach Vertragsablauf, sondern sofort nach Bekanntgabe der abgeänderten Verordnung zu zahlen. Diese Forderung ist nicht zulässig. Aber auch dann, wenn eine Unterschrift unter einen Vertrag mit dieser Bestimmung gegeben worden ist, hat diese Bestimmung keine Rechtsgültigkeit. Sonst wäre ja auch tatsächlich die Absicht des Gesetzgebers, laufende Verträge davon unberührt zu lassen, durchkreuzt. Da aber immer wieder der Versuch gemacht wird, auf Grund solcher Abmachungen höhere Mieten zu erheben, geben wir nachstehend eine Entscheidung des Mietseinigungsamtes Tempelhof vom 2. September wieder.

Das Mietseinigungsamt hat auf Klageantrag des Vermieters verhandelt. Der Vermieter hat mit seinen Mietern Vertrag vom 1. 4. 21 bis 1. 4. 22 abgeschlossen und die Klausel eingefügt: Die Parteien einigen sich, entsprechend einer neu ergehenden Verordnung, die gesetzlich festgesetzte Höchstmiete zu zahlen. In Streitfällen entscheidet das Mietseinigungsamt. Der Antrag des Vermieters ging dahin, die Mieter durch Entscheidung zu verpflichten, ab 1. Juli d. J. die 45 Prozent Aufschlag zu zahlen.

Es wurde folgende Entscheidung gefällt: **Der Antrag des Vermieters wird zurückgewiesen, weil derartige Abmachungen in der Höchstmietenverordnung keine Stütze finden.**

Kein Geld für Siedlungsbauten

Dem Siedlungsamt der Stadt Berlin gehen täglich zahlreiche Anträge auf Gewährung von Landesdarlehen zur Schaffung neuer Wohnungen zu. Um den Antragstellern unnütze Kosten zu ersparen, macht das Siedlungsamt bekannt, daß neue Gesuche keine Aussicht auf Berücksichtigung haben. Dem Siedlungsamt liegen bereits Anträge auf Bezuschussung von 10 000 Wohnungen vor, die zur Verfügung stehenden Mittel reichen jedoch nur für höchstens 1400 Wohnungen.

Ein Fiasko der Graphologie

Wie bedenklich es ist, auf Grund von Gutachten von Schreibsachverständigen Angeklagte zu verurteilen, zeigt ein Fall, der sich in einer Verhandlung vor der 9. Ferienstrafkammer des Landgerichts I abgespielt hat. Wegen recht bedenklicher Unterschlagungen und Fälschungen waren der Bankbeamte Erich Hauftmann und der Kellner Paul Teuber angeklagt, welche die Privat- und Diskontbank um einen Betrag von 100 000 Mark geschädigt hatten.

Der Angeklagte Hauftmann war bei der Privat- und Diskonto-Bank Leiter der Abteilung für auswärtige Effekten und hatte als solcher die Auszahlung der von dem Reich während des Krieges beschlagnahmten ausländischen Effekten zu erledigen. Durch einen Zufall kam die Bank dahinter, daß der Angeklagte diese Tätigkeit benutzt hatte, um Unterschlagungen zu begehen. Von der Bank war einem schon vielfach wegen seiner als unwissenschaftlich bezeichneten Methode der Messung des „Schriftwinkels“ angegriffenen Schreibsachverständigen der Auftrag erteilt worden, festzustellen, ob ein Ueberweisungsschreiben von der Hand des Angeklagten herrühre. Der Schreibsachverständige kam mit aller Bestimmtheit zu dem Gutachten, daß H. der Schreiber, mithin auch der Täter bezüglich der Unterschlagungen war. Hauftmann wurde daraufhin verhaftet, ebenso sein „Freund“, der Mitangeklagte Teuber. Die weiteren Ermittelungen ergaben, daß die gefälschten Schreiben, auf Grund deren Teuber 25 000 und 75 000 Mark abgehoben hatte, weder von Hauftmann noch von Teuber herrührten, sondern von einem Dritten, den beide nach ihrem Geständnis zu der Fälschung angestiftet hatten. Der Schreibsachverständige mußte nun vor Gericht selbst zugeben, daß er sich absolut geirrt habe. Auch ein anderer Schreibsachverständiger hatte drei ihm vorgelegte Schreiben als gefälscht bezeichnet, während tatsächlich ein Schreiben echt war.

Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt, da die Beziehungen der beiden Angeklagten zueinander erörtert werden mußten, welche in einem sog. Freundschaftsverhältnis zueinander standen. Zur Aufklärung dieser eigenartigen Beziehungen waren auf Antrag der R.-A. Justizrat Wronker, Justizrat Max Meyer und Dr. Niemann die Sanitätsräte Dr. Magnus Hirschfeld und Dr. Fritz Leppmann geladen. Das Gericht billigte beiden Angeklagten auf Grund dieser Gutachten mildernde Umstände zu, erkannte aber, da es sich um einen groben Vertrauensbruch und eine raffinierte Tat handele, durch welche das Vertrauen des Publikums zu den Banken erschüttert werden könne, gegen Hauftmann auf 2 Jahre und gegen Teuber, den das Gericht als den Verführten ansah, auf 1 Jahr Gefängnis.

Verhaftung einer Räuberbande

Eine der gefährlichsten Verbrecherbanden ist nach langen Ermittelungen jetzt hinter Schloß und Riegel gebracht worden. Die Verhaftung der Verbrecher erfolgte wegen des seinerzeit ausführlich berichteten Raubmordversuchs an der Antiquitätenhändlerin Jeanette Bibo in der Dorotheenstraße 32. Mitglieder der Bande waren ein Josef Wilbes und Erich Jansen, die beide aus Münster i. W. stammen und ein Willy Schneider aus Berlin und dessen junge Ehefrau. Alle vier sind von besserer Herkunft und durch ihr leichtsinniges und anspruchsvolles Leben, hervorgerufen durch mühelose Schiebergewinne, auf die schiefe Bahn geraten. Als die Schiebergeschäfte aufhörten, wurden gemeinsam die verschiedensten Einbrüche ausgeführt, die aber nicht viel einbrachten. Wegen dieser Mißerfolge beschlossen sie, ein „großes Ding zu drehen“. So kamen sie darauf, die Antiquitätenhändlerin Jeanette Bibo in der Dorotheenstraße 32 in ihrer Wohnung zu überfallen und zu berauben.

Am 17. Dezember v. Js. schritten dann Wilbes und Jansen, der sich inzwischen wieder erholt hatte, zur Ausführung der in allen Einzelheiten vorbereiteten Tat. In der Maske von Bilderkäufern verschafften sich beide morgens kurz nach 9 Uhr Eingang in die im ersten Stockwerk am Hof belegenen Räume. Plötzlich fielen dann beide über die Händlerin her. Wilbes packte sie an der Kehle und warf sie zu Boden. Jansen versuchte dann, ihr einen Knebel in den Mund zu stecken, was ihm jedoch mißlang. Dann versuchte er ihr den Mund zuzuhalten, und als dies auch wenig nützte, versetzte er ihr einen wuchtigen Schlag auf den Kopf, daß sie besinnungslos zusammenbrach. Während nun Wilbes bei der niedergeschlagenen Wache hielt, machte sich Jansen daran, zu plündern. Dabei wurden jedoch die Verbrecher gestört und die ganze Beute, die sie in der Hast mitnehmen konnten, bestand aus einer Brieftasche, die 50 M. bares Geld und einige Schmucksachen enthielt. Diese steckten sie schnell dem draußen wartenden Ehepaar Schneider zu. Die Gesellschaft ging jetzt auseinander, doch gelang es der Kriminalpolizei, ihr nach langwierigen Ermittlungen jetzt auf die Spur zu kommen. Zuerst wurde Wilbes verhaftet, der sich noch in Berlin aufhielt. Wilbes leugnete zwar zunächst, doch war das zusammengetragene Belastungsmaterial so schwer, daß Wilbes sich zu einem Geständnis bequemte. Auch die „Braut“ des Wilbes, wie sich bald herausstellte, Frau Schneider, wurde festgenommen. Schneider selbst wurde in Potsdam ermittelt und dingfest gemacht, während Jansen aus seiner Heimatstadt Münster i. W. geholt werden mußte.

Die Beisetzung der Aschenreste unseres erschossenen Genossen Regner findet am Sonnabend, den 10. d. Mts., nachmittags 2½ Uhr, in Albrechtshof, Steglitz, Albrechtstraße 1a, statt, von dort nach dem Friedhof Steglitz, Bergstraße. Die Distrikte werden gebeten, mit ihren Bannern daran teilzunehmen. Die Aufstellung des Trauerzuges ist in der Düppelstraße. Bahnverbindung: Wannseebahn bis Bahnhof Steglitz, Straßenbahnen Nr. 24, 40, 50, V, L, W, F, J, D, bis Rathaus Steglitz.

Das nächste städtische Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters findet am Donnerstag, den 8. September 1921, in der Brauerei Happoldt, Hasenheide 32-38, statt. Beginn des Konzertes 8 Uhr.

Zwei Spielklubs ausgehoben. Die Glücksspieler sind unverbesserlich. Keine Warnung scheint sie abzuschrecken. Obwohl in den letzten Tagen durch die Presse ging, daß das Spielerdezernat der Abteilung W der Kriminalpolizei jetzt mit verschärften Maßregeln gegen das Glücksspiel vorgehe, versammelten sich vorgestern am hellen Mittag in dem Kaffee Landgraf, in der Kurfürstenstraße 75, ein Roulettieklub. Der Inhaber des Kaffees hatte der Gesellschaft eine kleine Likörstube zur Verfügung gestellt und bald war das Spiel in vollem Betriebe. Gegen 1 Uhr aber kamen plötzlich Beamte des Spielerdezernats, überraschten die Gesell-

Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Rust

(Nachdruck verboten.)

(23. Fortsetzung.)

Im „Schlößche“ wurde es immer stiller. Alwine war ohne Rührung, eiskalt, weggegangen, nachdem sie gesehen, daß der unaufhaltsame Ruin bevorstehe. Es zerbröckelte Stück für Stück Erde unter jedem Fußtritt und verschwand wie in einem ungeheuren Loch.

Nun war auch Alwine ausgelöscht aus ihres Vaters Leben; von ihrer Hochzeit wollte er nichts wissen, ja er weigerte sich, ihre Verwandten kennen zu lernen; nicht einmal dem Schwiegersohn öffnete er seine Türe.

„Geh du nur zu deinen Leuten,“ bedeutete er Alwine, als sie ihm Lebewohl sagte, um bis zur Hochzeit zu den neuen Verwandten überzusiedeln.

Von Zeit zu Zeit machte ihr Vater Reisen und kam stets unzugänglicher und verstörter zurück; so hörte Alwine.

Seine Dienstleute kannte er nicht mehr; das Dingen und Wegschicken überließ er dem Kuno, und sogar ihm verweigerte er von Zeit zu Zeit den Eintritt. Im Garten wuchs das Unkraut; Gras überwucherte die Beete, und vergebens bemühte sich der alte Hannes, der mit krummem Rücken ächzend Tag für Tag jätete, die Wildnis freundlicher zu gestalten. Scheu sah er auch jetzt zu den verhangenen Fenstern auf, ebenso scheu zu denen seines Herrn, immer zitternd, es möchte sich etwas Schreckliches da oben ereignen.

Eine wahre Gier war über ihn gekommen, zu erhalten, was zu erhalten war, zusammenzuraffen, an sich zu reißen und zu verbergen, damit es nicht mit weggespült würde, wenn die große Woge kam, die den Felsenbrunner Hof mit fortreißen mußte.

Alles für Peter aufheben, alles für Peter schützen, alles hüten, was ihm teuer war, woran er hing; denn Peter mußte wiederkommen, das war zur fixen Idee bei ihm geworden, er würde kommen, glorreich, als Sieger, und den Felsenbrunner Hof zu neuem Glanz führen.

* * *

Von Helene gelangten nur spärliche Nachrichten in ihr Vaterhaus. Niemand hatte etwas einzuwenden gehabt, daß sie ging; es schien fast, als sei dies selbstverständlich, zum mindesten gleichgültig. Da sie nie um Geld schrieb, sondern immer nur in geschäftlichem Ton von ihrer Stellung als Gesellschafterin berichtete, die sie ausreichend ernähre, kümmerte sich ihr Vater um nichts weiteres. Auf ihre lauen Fragen nach der Mutter und nach seinem Ergehen hatte er nur laue oder gar keine Antworten. Den Namen ihrer Schwester Alwine nannte Helene nie in ihren Briefen, und Alwine, die Sichere, Kalte, war stets in Aufregung geraten, sobald jemand Helenens Namen erwähnte.

Von der erregten und leidenschaftlichen Unterredung, die Alwine kurz vor Helenens Abreise mit ihr hatte, erfuhr der Vater nie etwas.

Wie ein Scherge, der Schwester dicht auf den Fersen bleibend, hatte Alwine Helenen zur Bahn gebracht, ihre Karte besorgt und sich von ihr, die halb besinnungslos im Schnellzug saß, das Versprechen wiederholen lassen, das sie ihr schon zu Hause abgenommen, sich innerhalb dreier Jahre nicht mehr in der Heimat blicken zu lassen.

Als sie ihre Schwester an der Kreuzungsstation in den direkten Zug gebracht, denselben Zug mit dem Peter gen Norden fuhr, und die Wagenreihe langsam ihren Augen entschwand, atmete sie tief auf.

Niemand wußte etwas von dieser skandalösen Geschichte. Niemand hatte auch nur die leiseste Ahnung, warum Helene ging, und während ihr junge Schwester mit stieren Augen gelähmt vor Schmerz in die Nacht hinaus fuhr, kehrte Alwine mit ruhigem Gewissen nach Hause zurück. Sie hatte getan, was getan werden konnte. Schön und angenehm war es nicht, aber es gewährte Befriedigung, daß es geschehen, und daß es so prompt geschehen war.

* * *

Im Hause Thomann war Helenens plötzliche Abreise, ohne Abschied, unlieb vermerkt worden.

Vor allem von Mila; die schob die Unterlippe schmollend vor und sagte, ganz im Tone eines gekränkten Backfisches: „Guck, das hat m'r davon! Nimmt man sich um sie an, weil alles mögliche über die Familie geredet wird, ist lieb mit ihr, lädt sie ein, und das ist der Dank dafür!“

Frau Thomann zog noch schärfere Seiten auf: „Hab ich jetzt recht gehabt, oder hab ich nit recht gehabt? Mei erschter Instinkt hat mich nit betroge! Hätt' ich 'm gefolgt; es is halt Pöbel, es hat kei Lebensart, des sin so hergelaufene Leut'!“

„Mama,“ erinnerte Eugenie, „die vom Felsenbrunner Hof sitzen schon ein paar Jahrzehnte länger in der Gegend als wir. Mit besserem Recht könnten die uns die Hergelaufenen heißen!“

„Sei m'r still,“ wies sie ihre Mutter zurecht und wurde blaurot ob der Korrektur, deren Richtigkeit sie im stillen anerkennen mußte. „Wenn du denke wollischt, müscht' du sage, daß ich was anneres mein! Is des nit genug, daß m'r des Mädche protegiere will — und ich hätt's protegiert, vielleicht wär' was aus'm zu mache gewese. Weil all die wüschde Geschichte sind, drum hätt' ich's getan! Ja guck nur Rolf! meinscht du, ich weiß es nit, daß ihr, du und dein Vater, dem alten Uhu auf'm Felsenbrunner Hof Stück für Stück von seim Gut abreißt? Drum hab ich nett sein wolle mit dem Mädche!“

„Laß doch den Vater aus dem Spiel!“ gab Rolf gereizt zurück.

„So? So? Ei, des is also dein Projekt? Noch schöner!“

„Projekt!! Wenn wir's nicht kaufen, nimmt's ein anderer, vielleicht ist es doch besser, der Alte hat es mit anständigen Leuten zu tun —“

„Ja mit'm Kuno und dem annere Schmuhser, dem Löw!“ höhnte seine Mutter. „Meinen ihr, ich erfahr' so was nit? Anständige Leut! 's Fell wird 'm über die Ohre gezoge, mit'm Weiher is angefange worde. Es is doch was recht Niedriges um so Geschäftsleut,“ setzte sie indigniert bei.

„Du entblödest dich aber gar nicht, von dem in Freuden zu leben, was das Geschäft einbringt! Du bestreitest deine Toiletten, deine feinen Weine, das behagliche Leben, deine Kaffees damit; du läßt deine Bücher damit drucken, das ist natürlich dein Idealismus.“

Eugenie horchte auf, sie streckte sich förmlich; es sah aus, als spitze ein Rassepferd die Ohren.

So hatte sie Rolf noch nie gesehen! Niemals verlor er seine Kaltblütigkeit, niemals wurde er direkt ausfallend. Die Mutter erstickte ja beinahe vor Wut! Sie sah aus, wie wenn sie im nächsten Augenblick der Schlag treffen sollte.

„Bravo! Jetzt wirst du auch noch ungezogen! Rücksichten keine, Gefühl keins — Pfui Tausend! Wie die Leut gesagt hawwen: du machscht dem Mädche de Hof, hascht du zurückgezoppt. Ja, ja, des hascht du! Und wie's ins Haus gekomme is, warscht du direkt abstoßend. Wann dich aber das arme Ding wirklich gern gehabt hat, was dann? Bischt du vielleicht schuld, daß se gegange is? Hat se Kummer, weil du gleichgültig bischt? — Natürlich en Schendlemen, wie du, geniert so was nit!“

Ehe Frau Thomann noch ausgesprochen hatte, war Rolf schon mit großen Schritten aus dem Zimmer fort und schmiß die Türe hinter sich zu, daß es dröhnte. Etwas so Unglaubliches und Unerhörtes, daß Mutter und Schwester fassungslos nach dieser zitternden Türe sahen, die der Beweis dafür war, daß auch Rolf Thomann sich einmal nicht hatte beherrschen können.

(Forts. folgt.)

schaft, beschlagnahmten das wertvolle Spielgerät, schlossen und versiegelten die Likörstube und brachten alle Beteiligten nach der nächsten Wache und von dort mit dem blauen Wagen nach dem Polizeipräsidium. Hier blieben sie im Gewahrsam und wurden gestern der zuständigen Stelle der Abteilung W vorgeführt. Vier russische Staatsangehörige, die sich unter den Spielern befanden, wurden der Abteilung Ia des Polizeipräsidiums überwiesen. — Eine Bakkaratgesellschaft wurde gestern abend von den Beamten in einer Seitenstraße des Kurfürstendamms so überrascht, daß nicht nur das Spielgerät, sondern auch noch 5400 Mark Spielgelder beschlagnahmt werden konnten. Diese Gesellschaft spielte in einer Privatwohnung. Das Zimmer, das ihr der Wohnungsinhaber zur Verfügung gestellt hatte, wurde ebenfalls verschlossen und versiegelt und dem Wohnungsamt zugewiesen. Auch die Bakkaratspieler wurden mit der blauen Minna nach dem Polizeipräsidium befördert.

Lynchjustiz an einem wilden Autler. Gestern nachmittag fuhr der Kupferschmiedemeister Ernst M. aus Charlottenburg in höchst unachtsamer Weise in seinem Kraftwagen die Zimmerstraße entlang. Nachdem er bereits einen andern Kraftwagen angefahren hatte, geriet an der Kreuzung der Markgrafenstraße die 33jährige Frau Klotz unter die Räder seines Automobils. Zeugen des Vorfalles hielten den Wagen an, und eine schnell sich ansammelnde Menge holt M. aus seinem Wagen heraus und verprügelte ihn derart, daß er aus Mund und Nase blutete.

Feuer im Stadtpark Spandau. Durch einen noch glimmenden Zigarettenstummel, den ein Spaziergänger achtlos weggeworfen hatte, entstand gestern nachmittag im Stadtpark in Spandau Feuer, das etwa 150 Quadratmeter Baumbestand vernichtete. Die herbeigerufene Feuerwehr konnte erst nach dreistündiger Tätigkeit wieder abrücken.

Gewerkschaftliches

Aus der Betriebsrätepraxis

Entlassung von Arbeitern infolge Brandunglück.

Nr. 3 des Mitteilungsblattes des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin vom 15. August 1921 finden wir eine interessante Entscheidung, die 350 Arbeiter betraf. Die Firma Berliner Metallindustrie, Spandau, erlitt in ihrem Betrieb einen Brand. Von der Berechtigung der Firma, anläßlich dieses Brandes Arbeiter zu entlassen, machte sie keinen Gebrauch und erklärte bei den Verhandlungen daß sie beabsichtige, alle Arbeiter weiter zu beschäftigen. Für diejenigen Arbeiter, die vorübergehend aussetzen mußten, entrichtete die Firma die Kassenbeiträge und zahlte die Erwerbslosenunterstützung für die Kurzarbeiter aus. Die Firma entließ aber die Arbeiter. Ihr Einwand, daß sie die Weiterbeschäftigung nur nach Möglichkeit zugesagt hätte, wurde für unerheblich erklärt, denn sie hätte die Möglichkeit gehabt, die Arbeit zu strecken. Das hat sie nicht getan, sondern die Arbeitenden volle acht Stunden beschäftigt. Die entlassenen Arbeiter bekamen deshalb vom jeweiligen Tage der Entlassung bis zum 15. Februar 1921, an welchem Tage die verkürzte Arbeitszeit eingeführt wurde, eine Entschädigung in der Höhe der Hälfte des vorher verdienten Lohnes zugesprochen.

Dieser Schiedsspruch ist am 25. Mai 1921 vom Demobilmachungskommissar für verbindlich erklärt worden. In einer Begründung wies er darauf hin, daß durch technische Sachverständige an Ort und Stelle ermittelt wurde, daß die Arbeiten der Firma bei gestreckter Arbeitszeit hätten ausgeführt werden können und daß die Einwände der Firma hinfällig seien. Der Firma wären auch durch Weiterbeschäftigung der klageführenden Arbeiter bei verkürzter Arbeitszeit keine finanziellen Opfer erwachsen. Der Schlichtungsausschuß hätte zutreffend einen Verstoß gegen § 12 der Verordnung vom 12. Februar 1920 erblickt, so daß dem Antrag auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches stattgegeben werden mußte.

Nach dieser Entscheidung mußte nun die Firma den 350 Arbeitern die Entschädigung zukommen lassen. In ähnlich gelagerten Fällen werden die Arbeiter gut tun, auf Grund dieser wichtigen Entscheidung ebenso vorzugehen, wenn die Unternehmer es nicht vorziehen sollten, von vornherein alle Anstrengungen zu machen, die im Einklang mit den diesbezüglichen Verordnungen stehen, um Klagen überflüssig zu machen.

Kommunistische Moral!

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Im Hauptausschuß der Erwerbslosenfürsorge Groß-Berlins wurde in der Sitzung vom letzten Sonnabend u. a. über die Frage beraten, ob einem Erwerbslosen wegen ungebührlichen Betragens auf der Erwerbslosen-Fürsorgestelle die Unterstützung zeitlich oder dauernd entzogen werden kann. Der § 15 des Statuts der Erwerbslosenfürsorge der Stadtgemeinde Berlin, vor allem der § 10 der Reichsverordnung der Erwerbslosenfürsorge, gibt die rechtliche Handhabe dazu. Den besonderen Anlaß, über diese Frage grundsätzlich zu entscheiden, gab dem Hauptausschuß das Betragen eines Erwerbslosen in der Geschäftsstelle Steglitz. Die in der dortigen Erwerbslosenfürsorgestelle tätigen Beamten wurden beschimpft und mit Tätlichkeiten bedroht und durch Radau- und Tumultszenen die Fortführung des Betriebes erheblich gestört. Aehnliche Vorkommnisse, ja noch viel schlimmere, sind auch aus der Erwerbslosenfürsorgestelle Lichtenberg zu verzeichnen. Dort kam es sogar vor, daß mehrere Beamte durch solche skandalösen Vorgänge arbeitsunfähig wurden. Das ist kein Wunder, haben doch dort die irregeleiteten Arbeitslosen ihr Schicksal in die Hände eines früheren — Baltikumoffiziers gelegt, unter dessen anvertrauter Führung die „Ruhe und Ordnung" im Betriebe aufrechterhalten und die Interessen der Erwerbslosen wahrgenommen werden sollen!

Während nun im Hauptausschuß in der Verurteilung solcher Vorgänge nur eine Meinung vorherrschte, konnte man es von den Kommunisten Ostrowski und Christ anders hören. Ihre Ausführungen liefen direkt auf eine Billigung derartiger Vorgänge hinaus und auf eine Verherrlichung dieser „Helden". Man braucht nur, meinten diese beiden, an Stelle der gewerkschaftlichen Arbeitslosenvertretung durch sofortige Neuwahlen Arbeitslosenräte wählen lassen, die das „Vertrauen der Massen" hätten, dann würde alles in Ordnung sein. Der Standpunkt, den der Hauptausschuß einnehme, sei ein Herr-im-Hause-Standpunkt. Mit erfreulicher Deutlichkeit zeigten diese Herren nur sofort, wie man den Herrn-im-Hause-Standpunkt sich zu eigen machen kann, um seinen Willen durchzudrücken, indem sie demonstrativ durch ihr Geschrei die Fortführung der Verhandlung in Frage stellten, weil sich der Hauptausschuß ihrer Ansicht nicht anschließen wollte. Sie glaubten, die Mehrheit hätte sich ihrem Willen zu beugen, nur sie hätten im Hauptausschuß zu bestimmen. — Das ist echt kommunistische Moral, bei der man keinen Unterschied zu machen vermag zwischen den Arbeitslosen von Beruf mit ausgesprochenem Verbrecherinstinkt und denjenigen Arbeitslosen, die ernstlich bemüht sind, auch Arbeit zu suchen. Während man bei den Ersteren sofort auf den ersten Blick erkennen kann, daß es sich um verbrecherische Elemente handelt, kann man es bei den Letzteren wohl verstehen, wenn sie gelegentlich einmal ihrer Verärgerung Luft machen, die auf Grund der Notlage, in der sie sich befinden, durchaus begreiflich erscheint.

Im übrigen liegt das Auftreten der beiden kommunistischen Vertreter nicht nur nicht im Interesse der Arbeiterschaft, die sich mit Abscheu von solchen Elementen abwendet, sondern es ist auch, namentlich soweit Herr Ostrowski in Frage kommt, direkt als tolpatschig und dumm zu bezeichnen, der dabei von niemandem mehr übertroffen werden kann. Wir gratulieren der K.P.D. zu solchen Vertretern, die die Grablegung der K.P.D. nur beschleunigen werden.

Der Beschluß des Hauptausschusses ging dahin, denjenigen Erwerbslosen, die sich in dem geschilderten Sinne betragen, die Erwerbslosenunterstützung zu sperren.

Beendigung des Streiks im Nahrungsmittelgroßhandel

Neue Lohnsätze der Essigarbeiter.

Am gestrigen Tage fand vor dem Demobilmachungskommissar eine Verhandlung zwischen den Arbeitgebern und der Lohnkommission der Arbeitnehmer im Nahrungsmittelgroßhandel statt, welche zu einem Vergleich führte. Die Löhne betragen von 195 bis 320 M für die diversen Gruppen. Diese Lohnfestsetzung gilt bis 31. Oktober 1921 und kann mit monatlicher Frist, und zwar erstmalig am 30. September 1921 gekündigt werden. Maßregelungen aus Anlaß des Streiks finden nicht statt. Eine am gestrigen Tage abends stattgefundene Versammlung der Streikenden hat diesen Vergleichsvorschlag angenommen, ebenso haben auch die Arbeitgeber in ihrer Versammlung dem Vergleichsvorschlag zugestimmt. Daraufhin ist heute früh in allen Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen worden. Einige der Streikenden wurden nicht wieder eingestellt, weil man ihnen eine strafbare Handlung während des Streiks vorwarf. Darüber, ob eine strafbare Handlung vorliegt, wird eine paritätische Kommission entscheiden.

Auch die Branche der Essigarbeiter, die ebenfalls im Transportarbeiter-Verband organisiert sind, stellte Forderungen, die nach Verhandlungen mit den Arbeitgebern zu einer Einigung führten. Zugestanden wurden für Arbeiter 80—90 Pf. pro Stunde, für Arbeiterinnen 80 Pf., für Jugendliche 60—65 Pf. und für Kutscher 45—55 M. pro Woche. Die neuen Lohnsätze wurden in einer beschlußfassenden Versammlung mit knapper Majorität angenommen.

USPD.- und SPD.-Funktionäre der Gemeindebetriebe Berlins

Donnerstag, den 8. September 1921, abends 7 Uhr, in den Musiker-Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31, wichtige Versammlung. Erscheinen aller auf dem Boden der U.S.P.D. und S.P.D. stehenden Funktionäre dringend notwendig. Zutritt nur gegen Vorzeigung des Verbands- und Parteiausweises.

Die Fraktionsvorstände.

Beilegung eines Konfliktes. Die Deutsche Filmgewerkschaft teilt mit, daß der Inhaber des Schiller-Kinos in der Müllerstraße 36 die Entlassung des Betriebsobmannes rückgängig gemacht und die Forderungen des Verbandes anerkannt hat.

Funktionär-Konferenz der technischen Gummiarbeiter am Freitag, den 9. September 1921, abends 5½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 3.

Zentralverband der Angestellten. Filmvorführung. Ein Märchenfilm sowie naturwissenschaftliche Filme werden von der **Jugendabteilung** des Zentralverbandes der Angestellten am Sonnabend, den 10. September, abends 7 Uhr, im Köllnischen Gymnasium, Inselstraße 2-5, vorgeführt. Die Veranstaltung bezweckt, an Stelle der Schundfilme hauptsächlich der Jugend etwas Gutes zu bieten. **Karten zu 2 Mark sind zu haben:** Bureau Belle-Alliance-Straße 7-10, und Kommandantenstraße 63-64, Lewinsohn, Münzstraße 19, Giebel, Engelufer 13, Konsum, Kurfürstenstr. 17, Holm, Rotherstraße 1.

Jugendbewegung

Donnerstag, den 8. September

Sozialistische Proletarierjugend Groß-Berlin. Generalversammlung 7 Uhr Schule Weinmeisterstraße 15-16. Tagesordnung: 1. Politische Lage. 2. Jugend und Gewerkschaften. 3. Organisatorisches.

Sozialistische Proletarierjugend Osten. ½7 Uhr Weberwiese Treffpunkt zur Generalversammlung. Freitag, 9. Septbr., Mitgliederversammlung mit Vortrag über: Proletarisches Denken. Schule Eckertstraße, Oberklasse.

Parteiveranstaltungen

Freitag, den 9. September

2. Verwaltungsbezirk, 4. Distrikt (Westen). 7½ Uhr bei Wiemers, Bülowstraße 56, Vorstandssitzung.

15. Verwaltungsbezirk (Distrikt Treptow). Abends 7½ Uhr Niederschöneweide, Berliner Straße 26, Distriktskonferenz. Distriktsvorstand, Abteilungsvorstände, Gruppenleiter haben zu erscheinen.

16. Verwaltungsbezirk (Friedrichshagen). Abends 7 Uhr öffentliche Versammlung in der Aula des Gymnasiums, Schulstraße, Friedrichshagen.

18. Verwaltungsbezirk. Sitzung der Distriktsleitung bei Bater, Mühlenstraße 12, 7 Uhr. Die Vorstände sämtlicher Abteilungen haben zu erscheinen.

6. Distrikt. Frauenleseabend bei Lausch, Wiebestraße 35. Referat der Genossin Seger über: „Was ist Sozialismus?" Die Genossen sind verpflichtet, ihre Frauen zu schicken. Die Genossinnen des 5. Distrikts sind ebenfalls eingeladen.

8. Distrikt. Sämtliche Teilnehmerkarten vom Waldfest sind heute abzurechnen. Nicht abgerechnete Karten gelten als verkauft.

9. Distrikt, 1. Abteilung. Bezirksführerkonferenz abends 7 Uhr bei Kraß, Utrechter Straße 21. **2. Abteilung.** Bezirksführerkonferenz abends 7 Uhr bei Hauke, Brüsseler Straße 9.

12. Distrikt. Funktionärkonferenz bei Seiler, Carmen-Sylva-Str. 5, abends 7 Uhr. Stadt- und Bezirksverordneten-Kandidaten um 6½ Uhr. Partei-, Gewerkschaftsbücher und Kirchenaustrittsbescheinigungen mitbringen.

12. Verwaltungsbezirk (Steglitz, Lichterfelde, Lankwitz). Distriktsfunktionärkonferenz 7 Uhr abends im Zimmer 18 der Gemeindeschule 1 in der Ringstraße, Steglitz. Sämtliche Distrikts- und Ortsfunktionäre müssen anwesend sein.

16. Distrikt, 2. Abteilung. Abends 7 Uhr Funktionärkonferenz bei Knapp, Grünthaler Straße 6.

17. Distrikt. Abends 7 Uhr Sitzung der Frauen-Arbeitskommission bei Notzel, Rigaer Straße 96.

Distrikt Lichtenberg. Abends 7 Uhr bei Seipke, Kronprinzenstraße, Sitzung des Wahlkomitees. Vollzähliges Erscheinen unbedingt notwendig.

Distrikt Spandau. Abends pünktlich 8 Uhr bei Kohlschmidt, Neuendorfer Straße 87, Distriktskonferenz.

U. S. P. D. Kriegsopfer. Abends 7 Uhr Zusammenkunft bei Saße, Roßstraße 1. Parteibuch und Mitgliedskarte legitimieren. U. S. P. D.-Fraktion der Kriegsopfer.

Straßenbahn-Distrikt der U. S. P. D. Der Zahlabend findet in allen Bezirken statt.

Vereinskalender

Donnerstag, 8. September

Zentralverband der Schuhmacher. Abends 5 Uhr Gruppenversammlung der Straßenstiefel-Industrie bei Becker (großer Saal), Weberstraße 17.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands. Nachmittags ½5 Uhr bei Graumann, Naunynstraße 27, Branchenversammlung der Beschäftigten in Briefumschlag- und Papierausstattungsbetrieben. Tagesordnung: Bericht über die Leipziger Tarifverhandlungen. Vollzähliges Erscheinen wird bestimmt erwartet.

Verband Volksgesundheit. Abends 7½ Uhr in der Oberrealschule, Niederwallstraße 12, Vortrag des Gen. Ernst Hauke über: „Das Auge und seine Funktionen."

Internationaler Bund der Kriegsopfer, Ortsgruppe Charlottenburg, Bezirk 4. Bezirksversammlung abends 7 Uhr bei Delke, Am Lützow 9.

Arbeiterelternbund, Gruppe 5. Abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung im Konferenzzimmer der Schule Christburger Str. 14. Vortrag der Genossin Frl. Dr. Gerhard über Berufsfragen. Gäste willkommen.

Arbeiter-Stenographen-Verein Stolze-Schrey. Straßmannstraße 6, Gemeindeschule, Zimmer 3, Anfänger-Kursus ½8—½10 Uhr, Uebungsabend Zimmer 19 ½8—½10 Uhr. Weißensee, Wilh.-Promenade, Realgymnasium, Anfängerkursus ½8—½10 Uhr. Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 109-10, Gymnasium, ½8 bis ½10 Uhr. Anmeldungen zu den Anfängerkursen noch zulässig. Siehe auch Anzeige „Freiheit", 8. 9. Morgenausgabe.

Proletarischer Gesundheitsdienst. 8 Uhr abends Vorstandssitzung Elisabethstr. 20. Kassierer eine Stunde früher.

Freitag, den 9. September

Sektion Post und Telegraphie. 8 Uhr abends Funktionär-Versammlung in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Straße 8-9.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Branche der Geschäftskutscher, Lagerarbeiter usw. Abends 7 Uhr im Lokal Englischer Hof, Alexanderstraße 27c. — Gruppe Rohprodukten: Allgemeine Versammlung. Tagesordnung: Kündigen wir die bestehenden Lohnsätze? — Handelsarbeiter und -arbeiterinnen aus allen Betrieben der Damenwäsche-, Schürzen-, Unterrock-, Weißwaren- und Tapisseriebranche. Abends 6 Uhr im Lokal von Karl Wille, Poststraße 29, Gruppenversammlung.

Lehrer und Lehrerinnen der Arbeitsgemeinschaft für weltliche Schulen im 20. Bezirk. 4. Schule, Hauvetterplatz. 4 Uhr Sitzung.

Arbeiter-Stenographen-Verein Stolze-Schrey. Bremer Str. 13-17: Anfängerkursus und Uebungsstunde ½8—½10 Uhr, Eingang links. Mariendorf, Hauptstraße, Gymnasium: Anfängerkursus ½8—½10 Uhr.

Fabrikarbeiter-Verband. Funktionär-Konferenz abends 5½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 3, der technischen Gummiarbeiter.

Geschäftliches

In der Reihe der besonders günstigen Angebote empfehlen in der heutigen Ankündigung die Kleiderwerke Baer Sohn, alleinige Verkaufsstelle in Berlin, Chausseestraße 29-30, Herrenanzüge, Uebergangspaletots, Ulster, Raglans, sowie Beinkleider einfacher und bester Qualität.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Leo Lieblich, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: B. Rubner, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Komeriner, Charlottenburg. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

Besonders günstige Angebote!

Jackett-Anzüge blaugrau-, schieferblau-, gestreift und in anderen schönen Farbenstellungen, mod. verarbeitet, M. 750, 600, 500, 300	**135⁰⁰**	
Jackett-Anzüge aus guten, dunklen, sehr haltbaren Kammgarnstoffen, vornehme Machart . . . M. 900	**790⁰⁰**	
Jackett-Anzüge hochelegant, Ersatz für Maß, aus besten Stoffen verarbeitet . . . M. 1200, 1000	**800⁰⁰**	
Sport-Anzüge mit Breecheshosen, aus gutem Lodenstoff, in grauer, grüner und brauner Farbe . . . M. 500	**400⁰⁰**	
Sport-Anzüge aus Homespun und Manchester, in den neuesten Fassons . . . M. 750	**600⁰⁰**	
Cutaway u. Westen marengo und schwarz, guter Stoff, tadelloser Sitz und Verarbeitung . . . M. 900, 750	**600⁰⁰**	
Gehrock-, Smoking- u. Frackanzüge in großer Auswahl, aus nur erstkl. Stoffen, anfangend mit	**1000⁰⁰**	

Buckskin-Hosen derbe, haltbare Ware, gestreift und meliert . . . M. 55	**46⁰⁰**
Kammgarn-Hosen in vielen schönen Streifenmustern . . . M. 170, 150, 120, 98	**72⁰⁰**
Kammgarn-Hosen elegante Art, aus vorzüglich. Stoffen . . . M. 350, 300, 250	**200⁰⁰**
Breeches-Hosen aus Homespun und Loden . . . M. 175	**140⁰⁰**
Manchester-Hosen Sportfasson und lange Hosen in vielen Farben . . . M. 195	**150⁰⁰**
Militär-Hosen nur aus guten festen Qualitäten . . . M. 108	**95⁰⁰**
Arbeiter-Hosen aus einwandfreiem feldgrauem Drell . . .	**48⁰⁰**

Ulster, Schlüpfer, Raglans aus Homespun und Cheviot, in den modernsten Fassons . . . M. 700, 550, 425	**285⁰⁰**
Schlüpfer u. Raglans aus prima Stoffen, in erstklassiger Verarbeitung . . . M. 1000, 900	**800⁰⁰**
Paletots aus marengo Cheviot, gute Qualitäten in Stoff und Zutaten . . . M. 800, 700	**575⁰⁰**
Gummimäntel für Damen und Herren, hochgeschlossen u. mit Fasson, in guten Qualitäten . . . M. 550, 400, 350	**265⁰⁰**
Gummimäntel in Double und Covercoat, hervorragende Qualität . . . M. 750, 650	**550⁰⁰**
Lodenmäntel für Damen und Herren aus gutem Strichloden und Kamelhaarloden . . . M. 450, 425, 350, 275	**225⁰⁰**
Loden-Pelerinen für Damen und Herren aus wetterfestem Strichloden . . . M. 250, 225	**190⁰⁰**

Modernste Massanfertigung — Verwendung bester Stoffe und Zutaten — Sehr mässige Preise

In der Morgenstunde billiger Verkauf von Trikotagen und anderen Sachen

BAER SOHN

Der Versand nach ausserhalb erfolgt in der Reihenfolge der eingehenden Aufträge

Berlin nur Chausseestrasse 29-30